

Mitgliedsantrag Anarchistisches Schwarzkreuz Jena



Voraussetzungen

- Ich bin Arbeiter_in, erwerblos (das beinhaltet auch Renter_innen und EU-Rentner_innen), Schüler_in oder Student_in, d.h. ich beute keine anderen Arbeiter_innen aus.
- Ich identifiziere mich mit antiautoritären oder anarchistischen Ideen. Diese beinhalten auch eine feministische, antirassistische, staatsfeindliche und antinationale Einstellung.
- Ich bin kein_e Polizist_in, Neonazi, Informant_in oder Partei-Aktivist_in oder unterdrücke in sonstiger Art Arbeiter_innen und soziale Bewegungen.

Bitte ausgefüllt und unterschrieben an:

Schwarzkreuz Jena
c/o Infoladen Jena
Schillergässchen 5
07745 Jena

Den Beitrag bitte an folgendes Konto überweisen:

IBAN: DE58 8306 5408 0004
9960 54
BIC: GENO DEF1 SLR

Angaben zur Person der Antragstellerin / des Antragstellers

Vorname und Name: _____

Postadresse: _____

E-Mail-Adresse: _____

Monatlicher Beitrag (ca. 1% des Nettolohns): _____ €

Ich möchte den Mitgliederrundbrief und Einladungen des Schwarzkreuz auf folgendem Wege erhalten:

- postalisch
- per E-Mail

Die persönlichen Informationen werden auf einen verschlüsselten Medium gespeichert. Der Antrag wird anschließend vernichtet.

Die Antragstellerin / der Antragsteller beantragt Mitgliedschaft im Verein Schwarzkreuz Jena. Das Schwarzkreuz Jena ist ein sogenannter nicht rechtsfähiger Verein nach BGB §21 i.V.m. §54.



Anarcho Infoblatt Jena

Samizdat mit praktischen Infos für Organisation und Aktion

13 | Mai 2018 | wird kostenlos verteilt



Demonstration zur Frauen-JVA Chemnitz (die Platte im Hintergrund) vom 11. März 2018 anlässlich des internationalen Frauenkampftags

Anarchismus: Eine herrschaftsfeindliche Einstellung, eine Theorie-Tradition, eine historische wie aktuelle gesellschaftliche Bewegung. Gibt es auch in Jena.

Samizdat: Russisch für Selbsterausgabe. Zu Zeiten der staatskapitalistischen Diktaturen des Ostblocks selbsterausgegebene Untergrundblätter der Oppositionsbewegungen. Gab es auch in der DDR.

Organisation und Aktion: Das, worin sich unsere Ideen, Überzeugungen und Debatten übersetzen. Der Versuch, unsere Alltagsbeziehungen neu zu gestalten und konkrete Kämpfe gegen diese Verhältnisse zu führen.

Ort, Datum

Unterschrift

Inhalt

Editorial (Seite 3)

[Bewegungsgeschichte]

Die Kommune von Hartroda (Seite 4)

[Aus den letzten Monaten]

Bewegungs-Nachrichten (Seite 10)

Antifa-Infos (Seite 17)

Gefangenen-Infos (Seite 21)

Rassismus in Erfurt-Herrenberg (Seite 26)

Frauenkampftagsdemo zur Frauen-JVA Chemnitz (Seite 28)

[Laufende Kämpfe und Debatten]

Achtung: Polizeistaat auch in Jena! (Seite 30)

Verdrängung von Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum (Seite 34)

Strategische Gedanken zur Mieterbewegung in Jena (Seite 36)

[Analyse]

Hörbuch "Anarchismus zur Einführung" (Seite 39)

[Anstehendes]

Kommende Termine (Seite 40)

[Internationales]

Anna Campbell ist in Afrin gestorben (Seite 41)

[Zu guter Letzt]

Werdet Teil des Schwarzkreuz Jena (Seite 43)

Mitgliedsantrag fürs Schwarzkreuz Jena (Seite 44)

Eigentumsvorbehalt Nach dem Eigentumsvorbehalt ist das Heft so lange Eigentum des Absenders, bis es der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird das Heft dem/der Gefangenen nicht ausgehändigt, ist es dem Abender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Werdet Teil des Schwarzkreuz Jena!

vom Schwarzkreuz Jena

Seit Mitte 2016 besteht in Jena ein Anarchistisches Schwarzkreuz bzw. Anarchist Black Cross (ABC). Es gibt in Europa und Amerika viele Gruppen mit diesem Namen, die in erster Linie Antirepressions- und Gefangenen-solidaritätsarbeit leisten. Der Name geht zurück auf die russische Gefangenenunterstützungsorganisation, die nach den Revolutionen von 1905 und 1917 verfolgte Anarchist_innen unterstützt hat.

In Jena haben wir zunächst als politische Gruppe angefangen. Ende 2017 haben wir uns dann aber entschieden, das ABC zu einer Organisation auszubauen. Das bedeutet, dass wir mehr Menschen begeistern wollen, sich einzubringen und Mitglieder zu werden. Über die Mitgliedsbeiträge und Spenden wollen wir unabhängige Kassen aufbauen, aus denen heraus wir sowohl Strafverfolgte wie auch soziale Kämpfe und anarchistische Bewegung im In- und Ausland unterstützen können. Z.B. können wir das Konto Gruppen zu Verfügung stellen, die selbst kein Konto haben.

Momentan verfügen wir über einen Blog, ein Konto, über eine lokale Bewegungskasse und einen internationalen Solidaritätsfonds. In den letzten Monaten haben wir mehrere Fälle politisch und finanziell unterstützt (Kanha Chhun, Ahmed von den Röscke 11, die inhaftierten und gefolterten russischen Anarchisten). Und wir haben über anarchistische

Projekte im Balkan berichtet. Außerdem haben wir Mitte April eine Veranstaltungsreihe zu den großen Repressionsschlägen von 2017 gemacht: über die Repression gegen die G20-Proteste und das Verbot von linksunten.indymedia.-org.

Ziel ist es, dass wir das Schwarzkreuz als Mitgliederorganisation in Jena und Thüringen konsolidieren, über unsere Kassen die Unabhängigkeit und auch die Widerstandsfähigkeit der Bewegung hier mitabsichern und dennoch (und das ist ein Unterschied zur Roten Hilfe) eine klare anarchistische Perspektive stark machen.

Wenn dich das interessiert, komm gerne in Kontakt mit uns. Du kannst uns unter abcj@riseup.net anschreiben. Du kannst auch den Mitgliedsantrag auf der Rückseite ausfüllen und uns zukommen lassen.

Mehr Infos unter abcj.blackblogs.org

Ihr Tod wurde durch die Mainstreampresse in Großbritannien und sogar in Deutschland aufgegriffen und thematisiert – freilich ohne auf die Tragweite ihrer politischen Motive einzugehen. Für sie ist sie einfach die erste Britin, die in Nordsyrien gefallen ist. Das mag für die Presse ein Skandal sein. Die unzähligen Opfer aus der Zivilbevölkerung und den Selbstverteidigungseinheiten in Nordsyrien dagegen sind nur ein Hintergrund zur Berichterstattung über die geopolitischen Konflikte in der Region und führen im besten Fall zur Aufstellung von Opferstatistiken.

In den nächsten Wochen werden viel mehr Menschen sterben müssen. Wir wollen deswegen an dieser Stelle deutlich machen, dass wir die Proteste der kurdischen und linken Bewegungen in Deutschland gegen den Krieg unterstützen und die Medienhetze und polizeiliche Überwachung sowie Angriffe auf die Proteste verurteilen. Außerdem

wollen wir darauf hinweisen, dass die Art und Weise, wie Flüchtlinge aus der Region hier in Deutschland vom Staat verwaltet werden und wie sie teilweise von Anschlägen und Pogromen bedroht werden, einen Beitrag der BRD in der Kriegsführung in Syrien darstellt.

Wir sind in Gedanken bei der Familie und den Freund_innen von Anna sowie bei den Gruppen, in denen sie aktiv war.

Weitere Nachrufe wurden verfasst vom Empty Cages Collective und den IWW UK.

Schwarzkreuz Jena, März 2018

Editorial

von der AIBJ-Redaktion

Liebe Leute,

vielleicht ist euch aufgefallen, dass die Ausgabe #13 des Anarcho Info-blatts Jena mit zweimonatiger Verzögerung erscheint. Schuld daran ist die Arbeitsbelastung des Redaktionskollektivs. Dafür konnten wir endlich einen kleinen Design-Trick einführen: Farbiges Papier für den Einband! Damit ist unser Heft nicht nur schicker, sondern es können künftig die Ausgaben leichter voneinander unterschieden werden.

In der Bewegungsgeschichte beschäftigen wir uns dieses Mal mit einer anarchistisch-angehauchten Kommune, in der in den 80er Jahren im thüringischen Hartroda behinderte und nicht-behinderte Menschen gemeinsam gelebt haben. Nach den üblichen Nachrichten zu Bewegung, Antifa und Gefangenen blicken wir auf zwei Ereignisse der letzten Monate zurück. Es gibt einen kurzen Text zum Online-Dossier mit Infos über den Kampf eines Schulsozialarbeiters gegen den Rassismus am Erfurter Herrenberg, welches das Break-Isolation-Netzwerk hochgeladen hat und wir drucken den Demo-Bericht der Soligruppen der Gefangenen-Gewerkschaft über die Frauenkampftagsdemo zur Frauen-JVA Chemnitz ab.

Es folgen Gedanken zu aktuellen Dingen, zwei Texte zum Vorgehen der Polizei in Jena und strategische

Überlegungen zum Aufbau einer Mietergewerkschaft in Jena. Weiterhin freuen wir uns, das frisch hochgeladene Hörbuch "Anarchismus zur Einführung" bekannt machen zu können und zu guter letzt bekommt das anarchistische Schwarzkreuz Jena die Gelegenheit, ein bisschen Werbung in eigener Sache zu machen.

Wie immer weisen wir darauf hin, dass wir Spenden in bar oder an folgendes Konto annehmen:
IBAN: DE58 8306 5408 0004 9960 54
BIC: GENO DEF1 SLR

Wenn ihr aus euren Kämpfen oder Initiativen berichten wollt, schreibt uns gerne eine Mail an aibj@riseup.net.

Das nächste Heft soll dann wieder pünktlich im Zweimonatsrythmus erscheinen - also im Juli.

Solidarität und Kraft!
Euer Redaktionskollektiv des AIBJ

Die Kommune von Hartroda

von der AIBJ-Redaktion

Im Jahre 1978 machte sich eine Handvoll Menschen auf, auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Form des Zusammenlebens auszuprobieren. Auf ihrer Flucht vor den alltäglichen Normen und Zwängen des „staatssozialistischen Realismus“ wurden sie in einem 50-Einwohner*innen-Dörfchen namens Hartroda (Altenburger Land; nordöstlich von Gera) fündig. Dort gründeten sie eine zunächst von christlichen Werten geprägte Landkommune. Durch dessen kompromisslose Auslegung sprengten sie jedoch schnell den religiösen Rahmen. Übrig blieb ein heute noch oft anzutreffender Punk-Anarchismus, der sich weniger aus fundierter Gesellschaftskritik speiste, als sich durch den unbedingten Willen nach freier Entfaltung auszeichnete. Obwohl sich die strukturelle Begrenztheit dieses Ansatzes zügig im Alltagstrott niederschlug, widmen wir diesem Experiment dieses Mal unsere Aufmerksamkeit in der Sparte Bewegungsgeschichte. Einerseits gerade weil auch dieses Projekt, wie viele seiner Vorgänger und Nachfolger, an inneren Widersprüchen zu Grunde ging, die als solche nicht erkannt wurden. Andererseits weil der Umstand, dass sich in Hartroda behinderte und nicht-behinderte Menschen zusammenfanden, um mittels konkreter Solidarität gegen die herrschenden Normen zu rebellieren, Hinweis darauf ist, dass der Anspruch der freien Entfaltung aller Menschen im real existierenden Sozialismus an selbst gemachte Grenzen stieß.

Eine Jugend im Heim

Matthias Vernaldi gehörte zu den maßgeblichen Initiator*innen und

Gründungsmitgliedern der Kommune Hartroda. Anhand seiner Biographie lässt sich darstellen, dass auch für die Gesellschaft der DDR die wichtigste Botschaft der „Krüppelbewegung“ galt: Menschen sind nicht behindert, sondern werden von der Gesellschaft behindert.

Er wurde mit der Anlage zu einer genetisch bedingten Form des Muskelschwundes geboren. Bis zu seinem siebten Lebensjahr wohnte er bei seinen Eltern, um dann in das „Haus am Seeberg“ in Gotha – einer Schule für behinderte Kinder – zu ziehen. Er wurde zwar nicht – wie in anderen dokumentierten Fällen – gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt. Die Geringschätzung seines Lebens erfuhr er in den sieben Jahren, die er im Internat blieb, jedoch in voller Härte. Obwohl oder gerade weil die Einrichtung zu den modernsten ihrer Art in der DDR gehörte, schaffte sie den Kindern mit Wohnsälen a 25 Betten, rationalisierter Pflege und entmündigender Forschung ein Umfeld, das nur wenig zu deren Entwicklung und Entfaltung beitrug: „Die gingen durch die Bettreihen und zogen den Leuten die Hosen runter, legten reihum Pinkelpullen an oder Bettpfannen¹ [...] Zum Teil sind behinderte Menschen mit Medikamenten ruhig gestellt worden [...] Die wurden früh gewaschen, dann kriegten sie eine Tablette hinterher, damit sie bis zum Mittagessen ruhig waren. Das ist keine Lebensperspektive für Menschen, die was wollen und die [...] hochintelligent sind“, erinnert sich ein Weggefährte Vernaldis.² Entzogen sich die Kinder der Akkord-Abfertigung durch die Pfleger*innen, drohte die „Mäusekiste“, eine Art Truhe auf dem

Anna Campbell vom ABC Bristol ist in Afrin gestorben

vom Schwarzkreuz Jena



Anna Campbell aus dem britischen Bristol ist am 16. März während eines türkischen Raketenangriffs auf ihren Konvoi in Afrin getötet worden. Wir wollen an dieser Stelle an Annas Leben und ihre Ideale erinnern und gegen den türkischen Angriffskrieg auf die Demokratische Föderation Nordsyrien (Rojava) protestieren.

Anna Campbell kam ursprünglich aus Lewes, East Sussex, und war in den letzten Jahren in Bristol in der anarchistischen Bewegung aktiv – v.a. in der Antiknastgruppe Empty Cages Collective, das gegen den gefängnisindustriellen Komplex kämpft, in der Gefangenenrechtsgruppe Smash IPP, die sich gegen das britische Pendant der Sicherungsverwahrung engagiert, im IWOC, dem Komitee zur Unterstüt-

zung inhaftierter Arbeiter_innen der Basisgewerkschaft IWW, und nicht zuletzt in der anarchistischen Antirepressionsgruppe ABC Bristol. Darüber hinaus war sie Teil der feministischen Bewegung.

Im Mai 2017 ist sie ins nordsyrische Rojava gegangen, um sich den Selbstverteidigungseinheiten der kurdischen Bewegung, YPG, genauer gesagt, deren Fraueneinheiten, der YPJ, anzuschließen. Nach einer Grundausbildung wurde sie in der letzten Phase des militärischen Kampfs gegen den Islamischen Staat eingesetzt und ließ sich dann nach Afrin verlegen. Dort wollte sie das demokratische Projekt und die Frauenemanzipation in Nordsyrien vor dem türkischen Angriffskrieg verteidigen.

Kommende Termine

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion

8. Mai | 16:00 | Wohni | Erstes offenes Planungstreffen der Alternativen Orientierungstage (ALOTA) 2018 an der Uni Jena

8. Mai | 20:00 | FAU-Lokal | Filmabend mit "La Nueve - die vergessenen Helden der Befreiung"

9. Mai | 21:00 | FAU-Lokal | Gewerkschaftlicher Kneipenabend

12. Mai | 11:00 | Haus auf der Mauer am Johannisplatz 26 in Jena | Veranstaltung der FAU: Gewerkschaftliche Perspektiven auf Honorararbeit und universitäre Lehraufträge

22. Mai | 19:30 | Haus auf der Mauer am Johannisplatz 26 in Jena | Info-Veranstaltung zu Reproduktionsmedizin und Mobilisierung zur antifaschistisch-feministischen Demo in Annaberg-Buchholz vom 16. Juni

24. Mai | 20:00 | Offene Arbeit in Erfurt | Veranstaltung zur politischen Lage in Kolumbien im Rahmen der Internationalismus-Reihe des Bildungskollektivs (Biko)

13. Juni | 21:00 | FAU-Lokal | Gewerkschaftlicher Kneipenabend

16. Juni | 11:30 | Annaberg-Buchholz | Antifaschistisch-feministische Demonstration gegen den Lebensschützer-"Schweigemarsch"

Dachboden des Gebäudes, die so hoch war, dass sich die Eingesperrten nicht aus eigener Kraft befreien konnten. Damit nicht genug, musste sich Vernaldi des Öfteren schmerzhaften „Behandlungen“ unterziehen lassen. Mit orthopädischen Mitteln wurde versucht eine Angleichung an den Normkörper herzustellen, die trotz nicht enden wollender Versuche oft scheiterte: „Er [Pfleger] hatte Schurz und Stiefel aus Gummi an. Ruppig nahm er mich huckepack und schleppte mich in den Keller. Dort zogen auch die Ärzte Gummischürzen über. Ich wurde nackt auf eine Pritsche gelegt und auf den Bauch gedreht. Dann drückten alle Hände im Gipskeller an meinem Körper herum. Ich wurde gerichtet. Erst mit einer Rolle unter den Knien gelang es, meinen Hintern sowie Füße und Beine derart durchzudrücken, dass sie den Vorstellungen der Ärzte entsprachen.“³ Zuletzt musste Vernaldi noch als Versuchskaninchen herhalten. Wissenschaftler*innen führten Experimente durch, Muskelschnitte, mittels derer aus medizinischer Sicht die Ursachen der „Behinderung“ erforscht wurden. So sollten Wege gefunden werden, künftigen Generationen das Leid zu ersparen, das Vernaldi aus der ethisch-normativen Perspektive des Staates zugeschrieben wurde. Dass dieses Leid überhaupt erst durch die Behinderung seitens der Gesellschaft hervorgerufen wurde, dafür sind Verantwortliche damals wie heute oft blind.

„Asoziale“ und „Behinderte“ in der sozialistischen Leistungsgesellschaft

Die soziale und medizinische Behandlung Vernaldis verdeutlicht, wie nahe diskursiver und physischer Zugriff des Staates und des Kapitals auf die ihnen unterworfenen Körper beieinander liegen.

Die Idealisierung und Stilisierung sozialistischer Körper gehörte zum

Alltag der SED-Propaganda. Wer kennt sie nicht, die Vorbilder (zumeist Männer*) mit Hammer in der Hand, von Schweiß getränkt und entschlossen zum Aufbau des Sozialismus bereit. In der Leitkultur des Realsozialismus gab es vorwiegend produktive Körper. Produktiv war im Rahmen des Staatskapitalismus und seines Proletkult, wer Lohnarbeit leistete. Von dieser Norm ausgehend beurteilten Staat und Kapital den Wert eines Menschen oder besser: seines Körpers. Abweichungen davon wurden anhand des Kriteriums (Re)Integrationsfähigkeit in den Produktionsprozess kategorisiert, was uns stark an den westlichen Kapitalismus erinnert. Auf der einen Seite gab es „moralisch-sittlich entartete“ Menschen, die auf Grund „falscher Einflüsse“ vom richtigen Weg abgekommen sind. Diese „arbeits-scheuen Elemente“ galten als durch (Um)Erziehung „heil-“ bzw. „bekehrbar“. Die angewandten Methoden zur „Besserung“ reichten von sozialem und psychischen Druck bis hin zu Zuchthaus, Gefängnis und Psychiatrisierung. Auf der anderen Seite gab es die „physisch und geistig behinderten“ Menschen, deren Einschränkung als unumkehrbarer Schaden begriffen wurde. Die Integration in den Produktionsprozess galt als unmöglich. In beiden Fällen wurden Menschen, die ihre Arbeitskraft (vorübergehend) nicht verkaufen wollten oder konnten, als parasitäre Fremdkörper, als lästiger Überschuss gebrandmarkt. Doch nur behinderte Menschen, die als „nicht heilbar“ galten, wurden in Verwahranstalten abgeschoben und somit von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. So mussten diese in der Regel bis zum 18. Lebensjahr in Schulen oder Heimen leben (unter 18 waren sie gar registrierungspflichtig bei der Gesundheitsbehörde) und ab dem 18. Lebensjahr blieb ihnen nur noch der Rückzug zur Familie oder der Gang ins Altersheim.

Vernaldi selbst blieb dieses „Schicksal“

sozialen Ausschlusses erspart, weil er mit 14 Jahren erstmals in Kontakt mit „Unangepassten“ kam, ein Umfeld, dass es ihm ermöglichte, sein Leben bis zu objektiven Grenzen selbst in die Hand zu nehmen.

Die Gegenkultur der 70er Jahre

In der DDR kam es 1968 zwar zu keiner breiten gesellschaftlichen Revolte wie in Westdeutschland. Nichtsdestotrotz entstand während der 70er Jahre in der ganzen DDR eine Gegenkultur gegen die staatliche Kulturpolitik und die gesellschaftlichen Zwänge. Den sogenannten Trampern, Bluesern oder Kunden reichten der Rückzug ins Private und der Konsum von West-Medien nicht. Sie wollten aufs Ganze gehen und eine neue Alltagskultur etablieren, die nicht mit den progressiven Zielen des real existierenden Sozialismus brechen sollte, hingegen aber mit den Schranken, die dieser der Wirklichkeit setzte: „Wir stellten uns irgend so eine Mischung aus Kommune und christlicher Bruderschaft vor. Die Nichtbehinderten sollten den Behinderten die Hilfen geben, die diese brauchten. Dafür mussten sie nicht in der VEB-Knochenmühle schuften und ihr Leben im stupiden Rhythmus von acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit und acht Stunden Schlaf vertun.“⁴ Hier zeigt sich deutlich der „Geist von 68“, die Ablehnung der Entfremung im Alltagstrott.

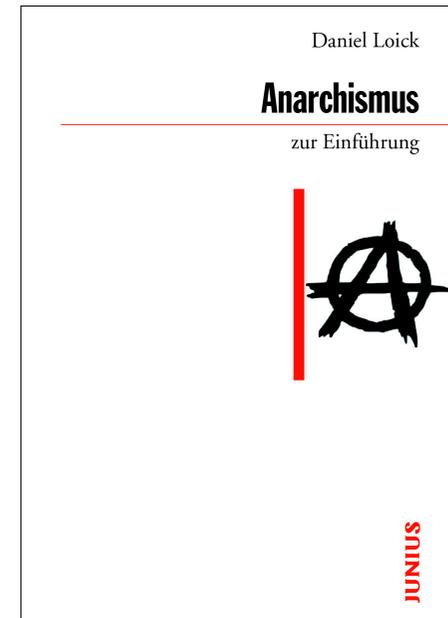
Während die Bedingungen für den unmittelbaren Ausbruch aus dieser erdrückenden Öde für die westdeutschen Genoss*innen weitaus günstiger waren, stellten sich allen libertär Gesinnten jenseits der Mauer immense juristische Hürden in den Weg. Sogenanntes „Asoziales Verhalten“ stand unter Strafe (Anwendung fand

bis 1977/9 ein Paragraph, der noch aus der Kaiserzeit stammte und in der Folge auch nur geringfügig liberalisiert wurde). In dem Paragraphen heißt es: „Wer das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt, indem er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist, wird mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.“ (Version 1979)⁵.

Die Kommune von Hartroda - Zuflucht für behinderte und nicht-behinderte Aufmüpfige

Die Landkommune von Hartroda stellte für unsere Protagonist*innen ohne „Behinderung“ insofern einen Ausweg dar, da die Härte des Gesetzes sie nicht treffen konnte, solange sie sich für die Pflege der Menschen mit „Behinderung“ verantwortlich zeigten. Unter diesen Umständen entstand eine Art symbiotische Gemeinschaft gegenseitiger Solidarität. Die behinderten Menschen warfen ihre staatliche Rente in die gemeinsame Kasse und stemmten das Projekt damit finanziell, während die Anderen einen Teil ihrer Arbeitskraft auf die Pflege ersterer verwendeten, die nicht warenförmig vermittelt, durchrationalisiert und jeder menschlichen Wärme entleert stattfand, sondern auf emotionaler Bindung basierte.

Für dieses Projekt befreiender Abhängigkeit nahmen die zwischenzeitlich 20 Bewohner*innen so manche sonstige Einschränkung in Kauf: „Keine befestigte Straße gibt es im Ort, keine Post, keinen Laden, keine Bushaltestelle.“ Und: „Wir zogen mit ein paar Matratzen und Stühlen, einer Kochplatte und einem Tonbandgerät



entschieden wir uns für diese Plattform).

Darüber hinaus war die Gruppendynamik in Bezug auf das Aufnahme-Projekt interessant, die gleichzeitig auch ein Spiegel unserer alltäglichen politischen Beziehungen und Szene-Zusammenhänge in Jena ist. Zumindest für einen Auszug aus ihnen. Auffällig ist die starke Fluktuation in den Beziehungen - Menschen, die vor 7 Monaten das Hörbuch aufgenommen haben, liegen jetzt im Streit oder ihre Wege kreuzen sich nur noch selten. Andere haben stattdessen ihre Beziehungen weiter entwickelt und vertieft. Und das alles hat selbstverständlich seine

Gründe. Wandel ist wichtig, genauso jedoch eine gewisse Stabilität und Kontinuität - über die emotionalen Nahbeziehungen hinaus. In diesem Sinne wäre es schön, wenn die Aufnahme dieses Hörbuchs (und es nun vorliegen zu haben und verbreiten zu können), symbolisch für Dinge, Gedanken und Gefühle steht, die uns über persönliche Beziehungen hinaus verbinden.

Verbreitet die Aufnahme recht gerne! Schlussendlich bleibt mir noch viel Vergnügen beim Anhören zu wünschen!

„Anarchismus zur Einführung“ bei youtube verfügbar auf:
https://www.youtube.com/playlist?list=PLqV4s_Owvi2jYwfyUSv8VxbKn9ld4Pnjc

„Anarchismus zur Einführung“ - Jetzt als Hörbuch online!

Von Hörbuch-Junge

Nachdem unser Projekt längere Zeit liegen geblieben war (wie so einiges, was umtriebige Anarch@s so anfangen...), schafften wir es letztendlich, das aufgenommene Hörbuch auf youtube upzuloaden. Aus unserem Umfeld heraus war es einerseits viel Arbeit, andererseits vor allem beim Aufnehmen selbst auch eine große Freude, laut zu lesen und sich mit den Inhalten des Buchs (des Kritischen Theoretikers Daniel Loick, Junius-Verlag 2017) zu beschäftigen. „Anarchismus zur Einführung“ hat wie alle derartige Schriften seine spezifisch eigene Perspektive, Vor- und Nachteile. Dennoch kann es als das derzeit fundierteste theoretische Buch zum Anarchismus im deutschsprachigen Raum gelten. Wir entschieden uns vorerst dagegen, dass Buch weiter zu kommentieren, haben aber auch Kritikpunkte und verschiedene eigene Ansichten zu manchen Stellen. Die sozialwissenschaftliche Sprache erschwert zudem eindeutig den Zugang für nicht-studierte Menschen. Gleichzeitig liegt die Stärke des Buches darin, Anarchismus auf einem hohen theoretischen Niveau zu betrachten und ihm insofern die Bedeutung zukommen zu lassen, die ihm zusteht. Dabei bleibt Loick dennoch beim Gegenstand und hat einen erfrischenden Schreibstil. Die Beson-

derheit unserer Hörbuch-Aufnahme liegt nicht in Sound-Effekten, musikalischer Untermalung oder dergleichen (nette) Spielereien, sondern in den vielfältigen Stimmen, die darin zu Wort kommen. Insgesamt waren es 16 (!) Personen, die teils kurze Abschnitte, teilweise längere Abschnitte und mehrere Stellen gelesen haben. Ein großes Dankeschön an alle Beteiligten!

Noch ein paar Zeilen zu unserem Arbeitsprozess: Verständlicherweise war es gar nicht so leicht, die vielen lesenden Personen in dem Projekt zu koordinieren. 8 Stunden Spielzeit bedeutet ja nicht 8 Stunden Arbeit, sondern wesentlich mehr – was die Koordinierung, die Einstimmung und Vorbereitung angeht. Aber auch das Schneiden der einzelnen Aufnahmen, sowie ihre Nachjustierung bis hin zur Erstellung des youtube-Kanals nahm einige Zeit in Anspruch. (youtube und google sind riesige kapitalistische Konzerne zu deren Eigentum wir nun beigetragen haben... Dies sollte immer dazu gesagt werden, denn nicht-kommerzielle, selbstorganisierte Plattformen sind wichtig und toll! Dennoch soll das Hörbuch möglichst vielen Menschen zugänglich sein, die auch zufällig darauf stoßen könnten. Darum



Bild von der Kommune aus Hartroda

in die Ruine und waren glücklich.“⁶ Die physische Isolation bot jedoch gerade in der DDR so manchen Vorteil: „Die Abgeschiedenheit, das vermeintliche Unbeobachtetsein und die tatsächliche Freiheit, so zu leben, wie es beliebt, macht die Kommune zum Anlaufpunkt für Andersdenkende, für spätere Oppositionelle, für DDR-Punks, auch für Drogenabhängige, für von der Gesellschaft Ausgespiene, die hier der DDR-Wirklichkeit entfliehen wollen.“⁷ Schnell wurde der Ort jedoch über die lokale, selbst regionale und sogar staatliche Grenzen hinaus bekannt, sodass Mitte der Achtziger Jahre Feste gefeiert wurden mit hunderten von Besucher*innen, darunter auch die Toten Hosen. Besonders Vernaldi tat sich als politischer Aktivist hervor, der sich weder von seiner „Krankheit“, noch von politischer Repression einschränken lassen wollte: „Denn Vernaldi ist vernetzt auch nach Westdeutschland. Als Schwerstbehinderter darf er zum

Klassenfeind reisen. Er baut Kontakte nach Westberlin aus, schmuggelt Cannabis, verbotene Bücher, Infoblätter der Antifa in die Landkommune in Ostthüringen.“⁸

Auf Grund dieser Reichweite konnte das Wirken der Kommunard*innen natürlich auch der Staatssicherheit nicht verborgen bleiben. Im Laufe der Jahre legte diese eine Akte an, die 2000 Seiten überschritt. Den operativen Vorgang gegen Vernaldi nannte sie mit einer vor Verachtung strotzenden Selbstverständlichkeit „Parasit“. In einer Einschätzung des Gefahrenpotenzials durch die Stasi heißt es: „Seit ihrem Bestehen entwickelt sich die Gruppe in Hartroda zu einem Anlaufpunkt für negativ-klerikale Kräfte, Homosexuelle, Asoziale, Haftentlassene und sogenannte ‚Aussteiger‘.“⁹ Aus der Perspektive des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) wünschte sich dies auch folge-

richtig für alle an den subversiven Tätigkeiten Beteiligten, vor allem jedoch für die behinderten Menschen, lieber „ein Ende mit Schrecken“, statt ein „Schrecken ohne Ende“. Nach dem Zusammenbruch des Regimes musste auch Vernaldi mit Schmerz feststellen, dass neben Oberkirchenräten sowie dem Hausarzt der Kommune auch einer seiner Mitbewohner (der heute noch in der WG Hartroda wohnt) zu den Informant*innen gehörte.

Weiterentwicklung des Projekts nach der Wende

Vernaldi lebt schon lange nicht mehr in Hartroda. Nach der „Wende“ zog es ihn 1994 nach Berlin, wo er bis heute im Stadtteil Neukölln wohnt. Dort gründete er neben der „Arbeitsgemeinschaft für selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen e.V.“ die Zeitschrift für das „Organisierte Gebrechene“ und beteiligt sich an Aktionen für Behindertenrechte. So besetzte er Anfang 2017 das Kreuzberger Rathaus mit, um dagegen zu protestieren, dass vielen Behinderten die Assistenz im Krankenhaus nicht bezahlt wird.

Darüberhinaus widmete er sich einem weiteren Kampffeld, das er zum Teil auch schon in Hartroda beackerte. Er setzt sich bis heute für das „Recht auf Sex“ für behinderte Menschen ein. Das Absprechen von sexueller Selbstbestimmung stellt nur eine besondere Spielform des Absprechens von Selbstbestimmung im Allgemeinen dar: „Im Vorfeld waren meine Erfahrungen, dass Prostituierte sagten: Nee, mit dir nicht, du bist ja behindert. Und da entstand die Idee, dass dahinter mehr steht als nur eine persönliche Abneigung. Dass das eben ein gesellschaftliches Phänomen ist, dass Behinderung erotisch als unattraktiv bewertet wird - nicht nur als unattraktiv, sondern oft auch als Schreck- und Scheubild.“¹⁰ Behinderte

Körper gelten schließlich ebensowenig als reproduktiv wie als produktiv und zwar im doppelten Sinne: sie sollen sich nicht vermehren und sie können es (im bürgerlichen Sinne) auch nicht. Gerade die nach wie vor anhaltende Desexualisierung und Enterotisierung behinderter Körper beweist, dass in der bürgerlichen Ideologie Sexualität und Reproduktion ein unzertrennliches Begriffspaar sind, gemäß dem christlichen Motto: Wer sich nicht vermehren kann, braucht auch keine Sexualität. Vernaldi arbeitete deswegen an der Eröffnung des ersten barrierefreien Bordells („Liberty“) in Berlin, was aber letztlich eine ganz neue Geschichte ist.

Die Kommune Hartroda hingegen ist mittlerweile zu einer normalen Wohngemeinschaft geworden, in der sich Ex-Kommunard*innen mit Hartz-4-Bezug durch den BRD-Alltag schlagen. Sie ist dennoch ein Beispiel für die versuchte Vorwegnahme befreiter Verhältnisse im Hier und Jetzt gewesen. Die Vergemeinschaftung der Reproduktionsarbeit wie etwa in der Pflege und Fürsorge ist ein notwendiger Bestandteil einer freien Vergesellschaftung, gewissermaßen dessen Bedingung und Erprobung, ohne mit ihr identisch zu sein. Sie ersetzt das auf Zwang und Ideologie beruhende Solidaritätsmodell der bürgerlichen Kleinfamilie, ohne jedoch den oder die Einzelne vollkommen zu vereinzeln, wie es der Neoliberalismus macht. Solcherlei konkrete Solidarität schafft oft erst den notwendigen Freiraum zur Entfaltung politischer Potenziale und Bewusstseinsbildung: „Die Idee, dass Behinderte die Hilfen bekamen, die sie für ein Leben nach eigenen Maßgaben brauchten, bestimmte zwar unseren Alltag, trat aber in den Hintergrund angesichts der vielen anderen Ideen, die sehr schnell bei uns andockten: Pazifismus, Bürgerrechte, Ökologie, Anarchie...“¹¹

Von Basisinitiativen zur Mietergewerkschaft

An dieser Stelle stellt sich die Frage der Strategie. Wohin soll das Ganze führen? Selbstverständlich müssen die bestehenden Initiativen erstmal konsolidiert werden. Außerdem sollten neue Initiativen in anderen Baugenossenschaft und Wohnungsgesellschaften oder in einem Stadtteil angestoßen werden. Aber danach?

Mein Vorschlag wäre es, diese Basisinitiativen irgendwann organisatorisch in einer Mietergewerkschaft zusammenzuführen. Eine Mietergewerkschaft wäre eine Organisation mit formalen Strukturen wie Mitgliedschaft mit Mitgliedsbeiträgen, einer Vollversammlung mit Protokollen, mandatierten Sekretär_innen, einer Gewerkschaftskasse und einem eigenem Raum.

Diese Organisationsmodell hätte folgende Vorteile:

1. Allein durch die unabhängige Kasse würde praktisch Gegenmacht aufgebaut: Man ist nicht mehr von Geldgebern abhängig, kann eigene Projekte finanzieren, sich auch mal einen Anwalt leisten, ein eigenes Lokal oder Büro finanzieren usw.

2. Durch die Formalisierung wird die Aufgabenverteilung transparent gemacht und steigt die Verbindlichkeit.

3. Durch klare Aufgaben- und Arbeitsteilung können sich Leute tiefer in Teilgebiete einarbeiten, z.B. in das Mietrecht, Recherche zum

Mietmarkt und Wohnungspolitik in Jena, Öffentlichkeitsarbeit usw.

4. Eine formelle Organisation kann für viele Leute inklusiver sein, weil sie das schon ein bisschen aus der ehrenamtlichen Vereinsarbeit kennen, während Politgruppen und Netzwerke sich Vielen nicht erschließen. Außerdem können sich auch Leute, die wenig Kapazitäten haben, durch die transparenten Prozesse einbringen. Sie müssen nicht auf jedem Plenum oder mit den Wortführer_innen gut befreundet sein, um am Ball zu bleiben.

5. Auf diese Art können sich mehr Menschen gemeinsam organisieren als in Politgruppen oder losen Netzwerken und genau das brauchen wir ja, dass sich mehr Mieter_innen organisieren.

6. Neben fallbezogenen Forderungen wie der Verhinderung von Entmietungen oder der Redemokratisierung von Genossenschaften könnte eine Mietergewerkschaft langfristige politische Druckkampagnen wie z.B. für sozialen Wohnbau oder Mietobergrenzen verfolgen.

Diese ganze Formalisierung verhindert übrigens nicht, dass der bisherige Aktivismus aufhören muss. Im Gegenteil, er findet einfach in einem anderen organisatorischen Rahmen statt. Die Mietergewerkschaft kann sich natürlich in eigene AGs oder Sektionen aufteilen. So könnten die bestehenden Basisinitiativen ihre Eigenständigkeit und ihre Identität beibehalten.

Strategische Gedanken zur Mieterbewegung in Jena

von einem solidarischen Mieter

Obwohl ich selbst nicht Teil der unten aufgeführten Initiativen bin, sondern diese nur unterstütze, möchte ich mit diesem Text eine strategische Diskussion zu Mietkämpfen in Jena anstoßen. Ich möchte dabei eine mögliche langfristige Perspektive aufmachen und zwar die des Aufbaus einer Mietergewerkschaft.

Mieterinitiativen des letzten Jahres

Seit 2014, vor allem aber seit 2017, sind aus der Bewegung heraus Gruppen entstanden, die das Mietverhältnis politisieren und sich klar auf Seiten der Mieterinteressen positionieren. 2014 wurde die Gruppe Recht auf Stadt Jena gegründet. Aktuell unterstützt sie eine Mieterin im Alten Gut Zwätzen, die sich gegen ihre Entmietung durch die Wohnungsverwaltung wehrt. Im Rahmen dessen fand am 21. Dezember 2017 eine Kundgebung vor dem Büro der Engelmann-Immobilienverwaltung in der Löbstedter Straße statt.

Seit letztem Jahr bemüht sich die Initiative Demokratische Genossenschaft von Mieter_innen der Jenaer Baugenossenschaft (JBG) in Jena-Süd darum, den ursprünglichen Genossenschaftsgedanken wieder stark zu machen, d.h. die JBG zu redemokratisieren. Forderungen sind u.a. die Selbstverwaltung durch die Mieter_innen und die

Übernahme von sozialer Verantwortung, d.h. die Öffnung der Genossenschaft hin zu sozial benachteiligten und rassistisch diskriminierten Wohnungssuchenden. Die Initiative versucht, über einen Graswurzelprozess mehr Mieter_innen der JBG zu organisieren.

Im März hat eine Initiative von Mieter_innen von JenaWohnen in Lobeda einen Protest gegen die aktuelle Mieterhöhung gestartet. Am 3. April fand sogar eine Kundgebung auf dem Holzmarkt statt. Neben dem Protest finden Mietertreffs statt, zu denen offen eingeladen wird.

Auch erwähnen möchte ich hier den Wagenplatz Radaue, der es in den Monaten bis März 2018 über eine breite Kampagne geschafft hat, eine Duldung des Wagenplatzes bis Oktober 2018 zu erkämpfen. Der Wagenplatz hat Kundgebungen und Demos, eine Petition und einen Einwohnerantrag organisiert, sich mit zig offiziellen Stellen getroffen und viel Öffentlichkeit geschaffen. Außerdem hat der Wagenplatz sich nicht als rein gegenkulturelles Projekt positioniert, sondern Bezüge zur Miet- und Wohnsituation in Jena hergestellt.

Alle diese Initiativen haben sich bei der Mietparade und Recht-auf-Stadt-Messe vom 10. März 2018 vor dem Volksbad getroffen.

Grenzen in der Umsetzung des Kommune-Gedankens

Der Maßstab des Erfolges dieser Versuche ist und bleibt demnach die individuelle Entfaltung auf Basis gegenseitiger Hilfe. Daran gemessen sieht die Wirklichkeit ähnlich wie bei den zahlreichen westdeutschen Experimenten im Wohnumfeld nicht unbedingt rosig aus. Rückblickend stellt auch Vernaldi fest, dass in der Realität die zwischenmenschlichen Beziehungen in der Kommune weit weniger befreit waren als erhofft: „Der antiautoritäre, anarchische Ansatz hatte zur Folge, dass verantwortungsvolle Leute mit Arbeit überhäuft waren, während andere fernsahen und Bier tranken.“¹² Zugleich etablierten sich neue Abhängigkeiten, da eine Rückkehr in den Schoss der „Normalgesellschaft“ für die nicht behinderten Bewohner*innen mit geringeren Kosten verbunden war: „Wir Behinderten konnten es uns nicht leisten, das Projekt enden zu lassen. Unsere Existenz hing daran.“¹³ Das Fundament freier und gleicher Beziehungen, die Möglichkeit diese unter vergleichbaren Folgekosten aufrechterhalten oder beenden zu können, wurde also auch in Hartroda nicht gegossen.

Insgesamt konfrontierten sich unsere Protagonist*innen mit etwas, das man als Dilemma präfigurativer Politik bezeichnen könnte. Die angestrebte Einheit von Mittel und Zweck benötigt, um zu funktionieren, jene verantwortungsbewussten Menschen, die sie erst hervorbringen soll. Sie unter-

liegt insofern der Versuchung, der unvermittelten Politik des real existierenden Sozialismus ihr Gegenteil als praktische Kritik entgegen zu setzen. Während im autoritären Sozialismus der Bereich des Privaten zum Nebenwiderspruch degradiert und mit der Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse angeblich gelöst wurde, erhob die „antiautoritäre“ Antwort das Private zum Gegenstand unmittelbarer Befreiung. In der Folge wird die Revolution zwar nicht mehr auf morgen verschoben, jedoch für gegenwärtig zumindest im Kleinen durchführbar erklärt. Die entsprechend hohen Erwartungen an den einzelnen Menschen bilden seit je her das Einfallstor von Autoritarismus in der antiautoritären Linken. Nicht das blinde Folgen undurchdachter Grundsätze und die dadurch hinter dem Rücken der Akteure entstehenden sozialen Effekte werden als Problem und eine der Ursachen des Scheiterns der eigenen Politik erkannt, sondern das Fehlverhalten, die Abweichung oder die Unvollkommenheit Einzelner. Leidlich lässt sich feststellen, dass man sich damit in dieser Hinsicht gar nicht so sehr von den staatssozialistischen Versuchen unterscheidet. Es zeigt sich also, dass kein Weg an der historisch-materialistischen Erkenntnis vorbei führt, dass die Veränderung der Einzelnen immer durch die Umstände, in denen sie leben, begrenzt bleibt. Praktisch bedeutet das zunächst einmal, dass individuelles wie kollektives Ausprobieren, Experimentieren, Scheitern und Fehler Machen dürfen das Grundgerüst wirklicher Persönlichkeitsentfaltung bilden müssen.

1,3: Matthias Vernaldi zitiert nach Kai Schlieter: „Laufen wollt ich, doch man gab mir Flügel“. Behinderte im Visier der Stasi, In: taz (16.08.2008), <http://www.taz.de/!5177317/>.
2,7,8,9: Kai Schlieter: „Laufen wollt ich, doch man gab mir Flügel“. Behinderte im Visier der Stasi, In: taz (16.08.2008), <http://www.taz.de/!5177317/>.
4,6,11,12,13: Matthias Vernaldi: Wohngemeinschaft Hartroda, In: Mondkalb. Zeitung für das organisierte Gebrechen (Nr. 1 2008), <https://mondkalb-zeitung.de/wohngemeinschaft-hartroda/>.
5: §249 Strafgesetzbuch der DDR, Version 1979.
10: Matthias Vernaldi zitiert nach Andrea Gentsch: Selbstbestimmt! Die Reportage. No more Tabus - Sex mit Behinderung, In: MDR (10.09.2017), <https://www.mdr.de/selbstbestimmt/reportage/no-more-tabus100.html>.

Bewegungs-Nachrichten

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion

- 6.1. Kundgebung und Spontandemo gegen Polizeigewalt in Jena**
Nachdem die Polizei im Anschluss an die Kundgebung und Spontandemo von Jugend gegen Rechts (JgR) gegen Polizeigewalt vom 16. Dezember 2017 öffentlich fahnden ließ, wurde im neuen Jahr eine weitere Aktion gemacht. Über 60 Personen kamen am Holzmarkt zusammen und machten mit Postern und Flugblättern auf die Gewalt und Schikanen der Polizei aufmerksam. Nach einer kurzen Runde durch die Innenstadt wurden auf dem Holzmarkt Videoaufnahmen von Polizeigewalt gezeigt. Im Anschluss widersetzte JgR sich erklärtermaßen gegen die Auflagen, die mit Sprühkreide gemalten Sprüche zu entfernen. In den darauffolgenden Tagen erschienen Bilder der Kundgebung und beteiligten Personen auf der Facebook-Seite der faschistischen Gruppierung Thügida.
- 7.1. Oury-Jalloh-Demo in Dessau**
4000-5000 Menschen kamen zur diesjährigen Gedenkdemonstration an Oury Jalloh zusammen, der am 7. Januar 2005 in einer Zelle des Polizeireviere Dessau-Roßlau von Polizisten angekettet und verbrannt wurde. Aus Thüringen gab es einen vollen Reisebus und eine gemeinsame Busanreise. Insgesamt werden mehr als 100 Leute aus Thüringen da gewesen sein. Poggenburg von der AfD machte wie angekündigt seine Gegegenkundgebung und verschaffte sich damit die Medienaufmerksamkeit.
- 11.1. Kundgebung der Linksjugend in Solidarität mit den Protesten im Iran**
Die Linksjugend machte eine Kundgebung in Solidarität mit den Protesten im Iran und wies auf die Komplizenschaft Deutschlands mit dem klerikal-autoritären und antisemitischen Regime in Teheran hin. Was die dort hochgehaltenen Nationalflaggen von USA und Israel jedoch damit zu tun haben sollen, ist unklar, sind doch die konservativen Regierungen in den USA und in Israel auch nicht gerade als Freunde selbstorganisierter sozialer Bewegung bekannt.
- 16.1. Warnstreik und Demo der IG Metall in Jena**
Ca. 500 Arbeiter_innen von Carl Zeiss folgten dem Streik- und Demoaufruf der IG Metall und demonstrierten von ihren Werken den Magdelstieg runter bis in die Innenstadt. An der Demo beteiligten sich auch Leute aus autonomen Gruppen. Die leninistische Antifaschistische Aktion Jena (AAJ) verlas während der Kundgebung ein Grußwort an die warnstreikenden Arbeiter_innen. In den Verhandlungen mit der Chefseite forderte die IG Metall eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf 35 Stunden die Woche oder

Maßnahme auf dem Unicampus vom 26.01.2018 dazu ermutigen, gerichtlich die Rechtswidrigkeit feststellen zu lassen. Da die Polizei allen Informationen zufolge nicht im Rahmen der Strafverfolgung tätig war, hätte sie höchstens auf Grundlage der Gefahrenabwehr im Rahmen des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes (PAG) agieren können. Dieses bietet jedoch bei bestem bzw. schlechtestem Willen keinerlei Handhabe, um willkürlich alle Minderjährigen auf dem Unicampus in einen zeitweisen Gewahrsam zu nehmen, sie im Nieselregen aufs T-Shirt zu entkleiden, zu durchsuchen und Platzverweise auszusprechen. Wer dagegen mittels einer Feststellungsklage vors Verwaltungsgericht ziehen möchte, ist hiermit eingeladen, mit uns und unseren Anwälten in Kontakt zu treten. Die Erfolgsaussichten dieser Klage sind

sehr hoch, weshalb auch alle Kosten des Verfahrens wahrscheinlich am Ende vollends der Freistaat Thüringen tragen wird. Und auch wenn nicht, werden wir Wege finden, diese Kosten solidarisch zu tragen.

Wichtiger als individuelle Klagen ist eine politische Organisation gegen diese Zustände. Die Polizei und ihre tägliche Gewalt wird niemals durch Gerichte zu stoppen sein. Wenn aber Einzelne mit Begleitung einer kritischen Öffentlichkeit den Klageweg gehen, kann die entsprechende Entscheidung auch für andere Wirkung entfalten und ein Beitrag zum Selbstschutz sein.

Rechtswidrige Durchsuchungen und Platzverweise gegen Jugendliche: Wer will als erstes klagen?

von der Ortsgruppe Jena der Roten Hilfe

Mit dem anlasslosen Einkesseln einer Gruppe Jugendlicher auf dem Unicampus hat die Jenaer Polizei das bereits hohe Maß an Willkür ein weiteres Mal überschritten. Über rund eine Stunde wurden am 26.1.2018 gegen 18 Uhr mindestens 20 Jugendliche eingekesselt, einzeln durchsucht und dann mit Platzverweisen und Hausverboten weggeschickt. Die Maßnahme der offenbar bereitstehenden Erfurter Bereitschaftspolizei hatte keinerlei rechtliche Grundlage. So wurde vor Ort behauptet, es hätte ein „Amthilfeersuchen“ der Goethe Galerie gegeben. Dort hätte jemand rumgeschrien. Wie aus dem Sicherheitsdienst einer Einkaufspassage ein „Amt“, also eine staatliche Behörde, wird, könnte nur die Polizei erklären. Weil sie das offenbar nicht kann und selbst im Falle des Rumschreiens die Maßnahme gegen alle auf dem Campus anwesenden Jugendlichen offensichtlich rechtswidrig wäre, sagt die Polizei lieber gar nichts zu dem Vorfall.

Schon seit einiger Zeit setzt die Stadt Jena alles daran, Jugendliche aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben. Die Mittel dafür sind vielfältig: Ständige Durchsuchungen auf offener Straße oder im Park, Bußgelder für das Abspielen von Musik, drohende Ansprachen durch den Zentralen Ermittlungs- und

Vollzugsdienst (ZEVD) und Platzverweise für allgemein zugängliche öffentliche Plätze. Ermutigt durch Kommentarspalten-Rassist*innen, eine AfD, die durchgängig Landtagsanfragen zu vorgeblicher Kriminalität durch Jugendliche mit Fluchthintergrund stellt und eine OTZ, die aus einer Polizeimeldung eine „Flüchtlingsdebatte“ machen will, bläst die Polizei nun zur Jagd auf Jugendliche.

Doch auch politisch organisierte Jugendliche sind im Fokus der Repressionsbehörden: Nachdem die Jugend gegen Rechts am 16.12.2017 eine Kundgebung und Spontandemo gegen Polizeigewalt organisiert hatte, gab es wegen vermeintlicher Pyrotechnik auf der Demo einen öffentlichen Aufruf der Polizei zum Einsenden selbstgemachter Handyvideos. Und als selbige Jugendgruppe im Rahmen eines Workshoptages einen legalen und angemeldeten Graffitiworkshop organisierte, sprengte die Polizei kurzerhand die Veranstaltung und leitete Ermittlungsverfahren gegen die Veranstalter*innen ein.

Als Rote Hilfe rufen wir zur Solidarität mit der Jugend gegen Rechts und mit allen von Polizeischikanen betroffenen Jugendlichen auf. Weiterhin möchten wir Betroffene der

in anderen Worten einen weiteren Schritt in Richtung Angleichung an das Westniveau.

Demo der linken Establishment-Jugend gegen Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes

Jusos, Grüne Jugend, Linksjugend, DGB-Jugend, Falken, Antira-Campus Erfurt und die Konferenz Thüringer Studierendenschaften haben zu einer Demo mobilisiert, um gegen Anwesenheitspflicht, Langzeitstudiengebühren und das amtsärztliche Attest zu potestieren. Diese und weitere Zumutungen sah die von ihren Mutterparteien geplante Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes vor. Ca. 50 Personen zogen hinter dem Transparent “Für eine progressive Hochschulpolitik” zum Erfurter Landtag.

Kundgebung für den Erhalt des Wagenplatzes Radaue

Einen ganzen Nachmittag okkupierten ein Bauwagen mit Traktor und um die 60 Leute mit Flugblättern und einer Petition das “@” gegenüber vom Holzmarkt und protestierten so für den Erhalt des Wagenplatzes. Die einjährige Duldung des Platzes lief zu Ende Februar aus, eine Ersatzfläche gab (und gibt) es seitens der Stadt nicht. Mehr Infos unter radaue.de.

Arbeitskampf der FAU Jena gegen das Zapata

Die Gastro-AG der FAU Jena hat nach der Lohnentziehung von der Villa am Paradies ihren nächsten Konflikt erfolgreich beendet, dieses Mal gegen die Stadtteilkneipe Zapata. Eine studentische Minijobberin musste kostenlos Probe arbeiten, unbezahlt vor Schichtbeginn arbeiten, bekam keinen Urlaub und keinen Ausgleich für die Bereitschaft während Springerdiensten. Eine Woche nach einer Veröffentlichung der Zustände konnte sich die FAU Jena am 30. Januar in einem Einigungsgespräch mit dem Zapata auf eine mittlere dreistellige Lohnnachzahlung einigen.

Kundgebungen in Solidarität mit der kurdischen Bewegung in Afrin und Rojava in Thüringen

In Jena protestierten am 28. Januar 50 Leute mit Transparenten, Flugblättern der anarchistischen Gruppe Dortmund und einem Papppanzer gegen den türkischen Einmarsch in Afrin und die Haltung der BRD demgegenüber. Gleichzeitig wurde sich mit den sozialen Veränderungen und dem demokratischen Versuch in der kurdischen nordsyrischen Föderation, also in Rojava, solidarisiert. Einen Tag zuvor waren in Köln 14.000 Menschen gegen den Krieg der Türkei gegen das demokratische Projekt in Rojava auf die Straße gegangen.

In Weimar zogen am 10. Februar 100 Leute vom Bahnhof zum Theaterplatz. Im Anschluss daran veröffentlichte die neue Antifa-Gruppe react23 ein Solidaritätsstatement mit Rojava. In Erfurt gab es am

18.1.

24.1.

24.-
30.1.

Ab
Ende
Jan.

Abend des 10. März eine Spontandemo mit 80 Leuten, in Mühlhausen am Folgetag ebenfalls eine Spontandemo mit 50 Teilnehmer_innen. Am 24. März gingen dann noch einmal 150 Leute in Erfurt auf die Straße. Die meisten dieser Initiativen wurden von Kurd_innen selbst getragen.

10.2. Demonstration zum Erhalt des Wagenplatzes Radaue

200 Personen, darunter auch Leute von Wagenplätzen aus anderen Städten, protestierten mit mehreren Wägen für den Erhalt des Jenaer Wagenplatzes Radaue. Die Demonstration war im Unterschied zu vielen anderen linken Demos sehr kreativ: Es gab eine mobile feuerbeheizte Badewanne, mehrere Modellwägen, einen fahrenden Tischkicker und Leute, die tanzten und jonglierten. Die Demo war einer der Höhepunkte einer ganzen Kampagne der Radaue. In den Wochen zuvor wurden Unterschriften für eine Petition und einen Anwohnerantrag gesammelt, Informationsveranstaltungen und eine Kundgebung organisiert, mit zig Vertreter_innen der Stadt diskutiert, es wurde plakatiert usw. Dem Wagenplatz wurde seitens der Stadt zu Ende Februar die einjährige Duldung auf seinem derzeitigen Standort gekündigt.



Mobile Badewanne auf der Radaue-Demo

22.2. FAU Jena verteilt Flugblätter vor der Personalversammlung der Uni Jena

Der Personalrat der Uni Jena hat die Basisgewerkschaft FAU Jena von der Personalversammlung eingeladen, weil er sich der Meinung des Rechtsamts der Uni angeschlossen hat, dass die FAU keine richtige Gewerkschaft sei. In Reaktion darauf hat die FAU vor der Personalversammlung mit über 350 Flugblättern fast alle Anwesenden über ihre Aktivitäten und das miese Manöver des Personalrats informiert.

Platzverweis im Schnellrestaurant

Untersuchung auf Waffen und Drogen

JENA. Zwei junge Männer, die bei McDonald's am Ernst-Abbe-Platz aufgefallen waren, wurden gestern Nachmittag von Polizeibeamten eingehend auf Drogen und Waffen untersucht. Dazu sollten sie das Restaurant verlassen und vor der „Tiger Sushi Bar“ Aufstellung nehmen. Bei der Untersuchung machte die Polizei keine Entdeckungen, den Beamten gegenüber verhielten sich die Migranten sehr kooperativ, sie konnten im Anschluss die im Schnellrestaurant erworbenen Speisen verzehren, sollten aber nicht mehr in das Haus. Nähere Polizei-Informationen gab es zunächst nicht.

Die Beamten schauten im Anschluss, was in der Goethegalerie los ist. Stammgäste der Ernst-Abbe-Mensa, die die Sache beobachteten, ordneten die jungen Leute der so genannten „City-Gang“ und deren Umfeld zu. Diese wurden zuletzt durch kleinere Delikte, in einem Fall aber auch durch Körperverletzung, polizeibekannt. Unterschiedliche Bürgermeinungen gab es in der Frage, ob die nach dem Polizeieinsatz in Betrieb genommenen Lautsprecher in einer angemessenen Lautstärke tönten. Ein Art Oriental-Rock beschallte große Teile des Platzes. (tb)

Auch die TLZ berichtet am 15. Februar 2018 "kritisch" vom folgendem Vorfall: Zwei Leute werden kontrolliert und schikaniert, es wird nichts gefunden und sie bekommen trotzdem Hausverbot...

Nachträgliches Vorgehen gegen Demo-Anmelder_innen und -Teilnehmer_innen

Mehrere Demonstrations-Anmelder_innen, u.a. von der Hausbesetzung in der Carl-Zeiss-Straße, vom Cornern gegenüber der Polizeiwache, von der Demo von The VOICE, von der Kundgebung gegen Polizeigewalt von Jugend gegen Rechts, haben in den letzten zwei Jahren Druck von Seiten der Polizei, der Ordnungsbehörde oder aber auch vom Kommunalservice Jena (KSJ) bekommen. Das war vorher nicht der Fall und scheint eine Strategie zu sein, von der Anmeldung von Kundgebungen und Demos abzuschrecken oder die Anmelder_innen derart einzuschüchtern, dass sie sich zu Hilfsbulln machen lassen.

Es traf aber auch die Teilnehmer_innen von Demos und Protesten. So wurde nach den Antifa-Aktionen vom 20. April 2016 eine eigene Sonderkommission der Kriminalpolizei (Kripo) eingerichtet. Oder nach der Spontandemo gegen Polizeigewalt am 15. Dezember 2017 hat die Polizei die Öffentlichkeit dazu aufgerufen, Videos und Fotos einzureichen. Und seit 2015 rennen Bullen v.a. auf Antifa-Demos mit Fotomappen rum und versuchen Leute zu identifizieren, um ihnen irgendwelche Sachen von vorherigen Demos anzuhängen. Auch diese drei Arten, nachträglich gegen Demonstrationen vorzugehen, sind in Jena neu.

Verdrängung von Jugendlichen

Schon im Anarcho Infoblatt #7 vom

Dezember 2016 war ein längerer Text über die schikanösen Polizeikontrollen in angeblichen „Gefahrengebieten“ erschienen. Derartige Kontrollen beispielsweise in der Lutherstraße oder auf dem Magdelstieg sind also schon länger ein Problem. Seit 2016 hat sich das Problem aber verschärft. Die Polizei hat angefangen, alle möglichen Jugendlichen zu schikanieren und sie von öffentlichen Orten zu vertreiben. Gerechtfertigt wurde das mit Drogen, der Lautstärke und angeblich gewalttätigen "Ausländergangs". Das fing mit 2016 mit Kontrollen in der Karl-Marx-Straße in Lobeda an, ging an der Kegelbahn im Paradiespark und am Ernst-Abbe-Denkmal weiter, teilweise kamen die Bullen zum Theatervorplatz (TVP) und zuletzt, diesen Januar, auf den Campus.

Kein Polizeistaat - weder in Jena, noch anderswo!

Es zeigt sich also, dass der Ausbau des Polizeistaats sich neben größeren Gesetzesänderungen und der Aufrüstung des Polizeiapparats im Kleinen, also bei uns in Jena, ebenfalls auswirkt. Das können wir u.a. an der Allgemeinverfügung gegen Antifa-Proteste, am Druck auf Anmelder_innen in den letzten zwei Jahren sowie an der Säuberung öffentlicher Plätze von unangepassten Jugendlichen beobachten. Ideen für Widerstandsformen für den Alltag sind mehrfach geäußert worden. Lasst sie uns umsetzen und damit unseren kleinen Beitrag gegen den autoritären Staatsumbau leisten!

FAU treibt Lohn für Arbeiterin beim Stilbruch ein

Das Restaurant Stilbruch in der Wagnergasse hatte eine Arbeiterin durch eine mündliche, fristlose Kündigung um den eingeplanten Lohn gebracht. Gemeinsam mit der FAU Jena ging sie gegen die Kündigung vor und konnte so noch eine Lohnnachzahlung durchsetzen. Eine angekündigte Protestkundgebung vorm Restaurant konnte aufgrund des Erfolgs abgesagt werden.

Lohnforderung für studentische Hilfskraft an Uni Jena

Die FAU fordert gemeinsam mit einer studentischen Hilfskraft den Lohn für erbrachte, aber nicht bezahlte Arbeit. Die Kollegin hatte im Rahmen der dauerhaften Kettenbefristung den Vertrag zu spät unterzeichnet und jetzt will die Uni ihr den Lohn für die geleistete Arbeit vor Vertragsunterzeichnung vorenthalten. Dabei handelt es sich um ein für Kettenbefristungen typisches Problem, von dem an der Uni zahlreiche Arbeiter_innen betroffen sind.

Razzien gegen kurdische Solidaritätsbewegung in Erfurt

Die Polizei drang am 6. März in folgende Räumlichkeiten ein und durchsuchte sie: das linke Abgeordnetenbüro "RedRoxX" und die Vereinsräumlichkeiten des Demokratischen Gesellschaftszentrums der Kurd*innen NAV-DEM Thüringen (ehemals Mesopotamien-Verein) in Erfurt sowie Privatwohnungen von Vereinsmitgliedern in Erfurt und Schalkau. Ziel der Durchsuchung im Linksparteibüro war die Linksjugend Solid. Der Vorwand für die Razzien war die angebliche Unterstützung der PKK im Aufruf zur Solidaritätsdemonstration für Afrin.

Frauenkampftagsdemo in Erfurt

500 Leute sind in Erfurt zur Frauenkampftagsdemo mit dem Motto "Weg mit den Abtreibungsparagrafen! Für die ersatzlose Streichung von §218 und §219!" in Erfurt auf die Straße gegangen. Organisiert war das ganze von einem Bündnis, das stark von linken Parteien geprägt war. Dennoch war die Erfurter linksradikale Gruppe "Infoladen Sabotnik" dabei und hielt einen antifaschistisch-feministischen Redebeitrag. Im Aufruf und auf der Demo selbst wurde sich auch mit der Gießener Frauenärztin Kristina Hänel solidarisiert, die gegen das "Werbeverbot" von Abtreibungen verstoßen hat, weil sie auf ihrer Internetseite fachlich darüber informiert.

Demonstration und Bewegungsmesse: Stoppt den Ausverkauf der Stadt!

Die Gruppe "Recht auf Stadt Jena" nahm die 37. Immobilienmesse im Volkbad zum Anlass, eine Demo für die Interessen von Mieter_innen und für alternative Wohnformen zu organisieren. Um die 200 Leute nahmen an der Demo teil, die nach einer Runde durch die Innenstadt auf dem Parkplatz in der Knebelstraße unmittelbar neben dem

2.3.

4.3.

6.3.

8.3.

10.3.

Volksbad endete. Dort fand in den darauffolgenden Stunden eine eigene Bewegungsmesse statt, auf der sich verschiedene Initiativen vorstellen: die Gruppe Recht auf Stadt, die Initiative für eine demokratische Genossenschaft, der Wagenplatz Rad*aue, eine Mieter_inneninitiative aus Jenawohnen-Blocks in Lobeda, das Wohnprojekt auf dem Inselplatz, Jugend gegen Rechts und die Basisgewerkschaft FAU sowie das Mietshausyndikat und Erfurt für Alle aus Erfurt und die Raumfabrik aus Weimar. Recht auf Stadt schaffte es darüberhinaus mit zahlreichen Interviews und Artikeln in die Presse. Sogar die OTZ titelte, dass die "Stadt für Alle"-Messe mehr Interessierte angezogen habe als die Immobilienmesse.



Unter dem Motto "Stoppt den Ausverkauf der Stadt" zieht die Demo den Fürstengraben runter.

11.3. Frauenkampftags-Demonstration zur Frauen-JVA Chemnitz

Dem Aufruf der Solidaritätsgruppen der Gefangenen-Gewerkschaft zu einer Demo anlässlich des Frauenkampftags sind am 11. März um die 250 Leute gefolgt. Inhaltlich ging es in Redebeiträgen um Gefangenensolidarität, Frauenkampf und Basisgewerkschaften. Die Demo ging bis zum ehemaligen Besuchereingang der JVA und erreichte so zahlreiche Inhaftierte. Nach Beendigung der Demo wurden über 40 Teilnehmer_innen auf dem Weg in die Innenstadt von der Polizei angegriffen, anderthalb Stunden gekesselt und wegen Landfriedensbruchs angezeigt. Die GG/BO-Soligruppe Jena sammelt Spenden für die Strafverfolgten auf folgendem Konto:

IBAN: DE58 8306 5408 0004 9960 54

BIC: GENO DEF1 SLR

Betreff: GG/BO Chemnitz

kungsbeamte: Mindeststrafe 3 Monate Knast), der Ausrüstung von Polizist_innen mit Bodycams, Elektroschockern und Drohnen, der Aufstellung der neuen Spezialeinheit BFE+ usw. usf. Hier wollen wir darüber sprechen, wie sich diese Entwicklung vor Ort darstellt. Wir wollen uns dabei auf (1) die Allgemeinverfügung und das polizeiliche Vorgehen bei Großdemos, (2) das Vorgehen gegen Demo-Anmelder und (3) Gefahrengebiete und Polizeikontrollen beschränken.

Allgemeinverfügung gegen Demonstrationen

Seit Mitte 2016 arbeitet die Stadt bei größerem Demonstrationsgeschehen mit einer Allgemeinverfügung, d.h. es gibt statt eines einzelnen Auflagenbescheids, der eine angezeigte Demo aufgrund einer konkreten Gefahrenanalyse einschränkt, einen allgemeinen Auflagenbescheid, der alle Gegenproteste standardmäßig reglementiert. Sie wurde nach den Antifa-Protesten gegen die Nazidemo vom 20. April 2016, dem "Führergeburtstag", erarbeitet. Damals zog eine antifaschistische Spontandemo ungehindert durch die Stadt, versuchten Hunderte von Leuten nicht nur, die Nazi-Demo zu blockieren und bewarfen deren Teilnehmer_innen mit Dutzenden Glasflaschen, sondern gingen auch gegen Festnahmeaktionen der Bullen vor und umzingelten deren Greiftrupp. Die erste Gegendemo, für die die Allgemeinverfügung galt, waren die gegen die Thügida-Demo vom 17. Augst 2016, dem Todestag von Rudolf Hess.

Die Allgemeinverfügung kann hier nachgelesen werden: https://www.jena.de/fm/1727/sicherheitsrechtliche_allgemeinverf%c3%bcgung.pdf

Sie richtet sich nicht gegen die jeweiligen Nazidemos, sondern ganz klar gegen die antifaschistischen Gegenaktionen - egal ob bürgerlich oder radikal. Sie werden in der Verfügung als Gefahrenquelle identifiziert. Deswegen werden für die jeweiligen Demotage pauschal alle Demonstrationen und Proteste in ganzen Bereichen der Stadt untersagt. Außerdem ist eine strikte Trennung von Nazidemo und Gegenprotesten vorgesehen. In der Praxis bedeutet das eine umfassende Absperrung der Nazi-Route mit mehreren Reihen Hamburger Gittern inklusive polizeilich besetzter Sicherheitszonen und Schleusen, ein massives Polizeiaufgebot, das sich gegen die Gegendemos richtet, ständige Polizeikontrollen und Platzverweise für Antifaschist_innen.

Sowohl der Entstehungskontext als auch der Inhalt der Verfügung machen deutlich, dass sie auf die Kontrolle und Unterdrückung antifaschistischer Proteste zielt. Aus der für Jenaer Verhältnisse massenhaften und sehr militanten Gegenwehr nicht nur gegen die Nazis, sondern auch gegen die Polizei haben die Stadtpolitik und -verwaltung ihre Konsequenzen gezogen. Sie haben mit der Allgemeinverfügung Mitte 2016 ein Kontroll- und Repressionsinstrument geschaffen, das sie seitdem standardmäßig gegen antifaschistische Proteste einsetzen.

Achtung: Polizeistaat auch in Jena!

von Kevin

Am 24. Januar kam es in der Goethe-Galerie zu folgendem Vorfall. Laut Polizei- und Presseberichten hätte ein 20jähriger Syrer sich nach einem angeblichen Ladendiebstahl gegen seine Festnahme durch die zwei Sicherheitsleute und die anschließend herbeigerufene Polizei gewehrt. Danach wollte die Polizei die Personalien einer Gruppe syrisch-kurdischer Jugendlicher kontrollieren. Als sich einer von ihnen „aggressiv verwehrte“, wurde er von den Bullen auf den Boden geworfen und mit Handschellen fixiert. Daraufhin „zogen [seine Freunde] an der Uniform, bedrängten und stießen“ [die Polizei]. „Erst als die Beamten androhten, Pfefferspray einzusetzen, beruhigte sich die Situation.“ So zumindest die offizielle Darstellung.

Die einseitigen Presseberichte über die „Jugendbande“ und ein von einem Rechten hochgeladenes Video der Situation sorgten für stadtweite Diskussion im Internet, in der Presse und im Stadtrat, die vor allem von Rassismus und Rufen nach Kontroll- und Überwachungspolitik geprägt war. Es meldeten sich nicht nur die üblichen Internet-Trolle zu Wort, sondern die Polizei selbst: „Nicht mit uns! Klare Kante!“ Gemeint sind die "kriminellen Ausländer".

Zwei Tage später, am 26. Januar, umzingelten Dutzende Bullen aus mindestens 5 Mannschaftswagen gegen 18 Uhr ca. 30 Jugendliche auf dem Campus, stellten sie an die Wand, bestrahlten sie mit Scheinwerfern, durchsuchten die Rucksäcke und Taschen, Mädchen mussten sich von Polizisten durchsuchen lassen, die Jugendlichen mussten sich vor Ort in Kälte und Nieselregen Schuhe und Jacken ausziehen. Angeblich hätten ein paar Jugendliche vorher in der Goethe-Galerie Lärm gemacht. Anschließend gab es für alle Hausverbot. Etwas mehr als 20 Leute kamen währenddessen hinzu, zeigten Solidarität mit den Jugendlichen und stritten sich mit den Bullen, mit dem Ergebnis, dass sie teilweise selbst kontrolliert wurden.

In diesen zwei Ereignissen hat sich das zugespitzt, was wir in den letzten Monaten tagtäglich beobachteten: der Ausbau des Polizeistaats in unserer Stadt.

In vorigen Ausgaben dieses Hefts wurde bereits mehrfach über die polizeistaatliche Entwicklung auf bundesweiter Ebene geschrieben. Diese zeigt sich u.a. in der Verschärfung des §113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte), der Einführung des §114 StGB (tätlicher Angriff auf Vollstrec-

Kundgebung des Wagenplatz Radaue vorm Rathaus

Der Wagenplatz Radaue hatte im Rahmen der Kampagne zu dessen Erhalt u.a. einen Einwohnerantrag eingebracht. Dieser sollte am 14. März im Stadtrat besprochen werden. Deswegen organisierte der Wagenplatz eine Protestkundgebung vorm Rathaus. In der sich anschließenden Sitzung wurde eine Duldung des Wagenplatzes am jetzigen Standort bis Oktober 2018 beschlossen und der Stadtverwaltung der Auftrag erteilt, bis dahin einen alternativen Standort ausfindig zu machen – ein Teilerfolg, der sich sehen lassen kann!

Protest gegen Reiten Jagen Fischen Messe in Erfurt

Die tierbefreier Jena und Animal Rights Watch haben mit 20 Leuten eine Protestkundgebung gegen die Reiten Jagen Fischen Messe in Erfurt organisiert. Sie wollten damit darauf aufmerksam machen, wie die Tiere ohne Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse auf teilweise grausame oder mörderische Art zur Bespaßung von Hobby-Angler_innen, -Fischer_innen und Jäger_innen missbraucht werden.

Demonstration von Jenaer Kurd_innen in Solidarität mit Afrin

Teile der Jenaer kurdischen Community haben aus Empörung über den Angriffskrieg der Türkei gegen Afrin, einen Kanton der Demokratischen Föderation Nordsyrien, letztere auch bekannt als Rojava, eine Kundgebung auf dem Holzmarkt organisiert. Es waren leider bis auf einige wenige deutsche Linke fast ausschließlich Kurd_innen da. Ansonsten gab es ein massives Polizeiaufgebot mit Staatsschutzpräsenz, um die Solidaritätskundgebung zu überwachen und einzuschüchtern.

FAU unterstützt Arbeiter bei Lohnentreibung vom Weimarer Restaurant "Dal Pescatore"

Ein migrantischer Arbeiter wurde für 40 Tage Arbeit im italienischen Restaurant "Dal Pescatore" in Weimar nicht bezahlt. Gemeinsam mit der FAU Jena will er nun seinen Lohn eintreiben.

Betriebszeitung der Jenaer FAU-Bildungssektion für die Uni Jena herausgebracht

Mit einer kleinen Feier hat die FAU die erste Ausgabe ihrer Betriebszeitung für die Uni Jena "Uni von Unten" herausgebracht. Sie wird seitdem kostenlos an zahlreichen Orten in der Stadt, v.a. natürlich an der Uni, verteilt.

Transparent für Afrin-Solidarität auf Ostermarsch in Jena

Am traditionell-linken Ostermarsch beteiligten sich in Jena 200 Leute, darunter auch eine kleine Gruppe, die mit einem Transparent zur Solidarität mit Afrin, einem Kanton der nordsyrischen demokratischen Konföderation, aufrief. Der Ostermarsch findet jedes Jahr in ganz Deutschland statt, zieht ein breites linkes Spektrum an, darunter auch Russlandfreunde. Dieses Jahr war das Motto "Abrüsten statt Aufrüsten".

14.3.

17.3.

17.3.

27.3.

30.3.

31.3.

3.4. Protest vom "Mietertreff Lobeda" gegen die aktuelle Mieterhöhung bei JenaWohnen

Der "Mietertreff Lobeda", eine Initiative von Mieter_innen von JenaWohnen, hat auf dem Holzmarkt eine Kundgebung gegen die angekündigten Mieterhöhungen organisiert. Neben Linkspartei-Politiker_innen sprachen am offenen Mikro auch zahlreiche Mieter_innen und riefen dazu auf, sich als Mieter_innen beim nächsten Treff einzubringen und die Sache in die eigenen Hände zu nehmen. Die Forderungen waren die Absenkung der Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen von 20 auf 15%, die Rekommunalisierung von JenaWohnen und mehr sozialer Wohnbau. Ein Einwohnerantrag mit diesen Forderungen wurde von vielen Leuten unterschrieben.

7.4. Thüringer Mietparade in Erfurt

Rund 300 Leute aus mehreren Thüringer Städten demonstrierten in Erfurt gegen steigende Mieten, die Privatisierung kommunaler Wohnungsgesellschaften, für sozialen Wohnbau und soziale Zentren. Es gab zwei Lautsprecherwagen, von denen einer dauerhaft Partymusik spielte. Unter den Redebeiträgen war auch einer von Recht auf Stadt Jena. Mehr Infos unter erfurtfueralle.de.

10.4. Thüringenweite Preisschild-Aktion gegen hohen Mieten

Gemeinsam mit Gruppen aus Weimar und Erfurt ruft die Jenaer Recht-auf-Stadt-Gruppe dazu auf, sich Schilder ins Fenster zu hängen, auf denen die Mietbelastungsquote steht. Die Mietbelastungsquote errechnet sich aus dem Anteil der Miete am Gesamteinkommen. Eine Quote von über 30% wird weithin als zu viel erachtet. Orangene A2-Preisschilder können zu den Öffnungszeiten aus dem Infoladen abgeholt werden.

21.4. Tierbefreiungsdemo zum Tierpark Gotha

Um die 15 Tierbefreier_innen aus Thüringen haben eine Demo vom Gothaer Bahnhof zum dortigen Tierpark gemacht und gegen die Haltungsbedingungen der Tiere protestiert. Dabei kam es u.a. auch zu Gesprächen mit dem Leiter.



Die kleine Tierbefreier-Demo zum Tierpark Gotha. Auf den Transparenten stand u.a. "Artgerecht ist nur die Freiheit" und "Gegen jede Form von Ausbeutung - für die Befreiung von Mensch und Tier!"

Redebeiträgen, u.a. von Lisa aus der JVA Köln und von der GG/BO-Soligruppe Jena, wurde den inhaftierten Frauen Mut und Kraft für ihre weiteren Proteste gewünscht.

Spendensammlung nach Angriff der Polizei

Nach Abschluss der Demonstration machten sich über 40 Personen auf dem Weg ins Stadtzentrum zum Bahnhof bzw. zu einer Demonstration gegen den Angriffskrieg der Türkei auf Afrin. Unterwegs machten die Leute Stop, um der schikansen polizeilichen Durchsuchung eines PKW beizuwohnen. Die Anzeige einer Spontanversammlung wurde an dieser Stelle von der Polizei verweigert. Dass die Leute sich nicht vertreiben ließen, nahm die Polizei außerdem zum Anlass, sie zum ersten Mal anzugreifen und auf sie einzuschlagen. Nach Beendigung der Kontrolle ging die Gruppe weiter. Unmittelbar darauf allerdings griffen die Polizist_innen einen schwer Sehbehinderten an, prügelten auf ihn ein und zerbrachen seinen Blindenstock. Da mehrere Leute dagegen protestierten, wurden sie von der Polizei eingekesselt, anderthalb Stunden festgehalten und allesamt ererkennungsdienstlich behandelt. Mehrere Personen wurden von den Angriffen der Polizei verletzt. Drei Personen, unter anderem der von der Polizei verprügelte Blinde, wurden aufs Revier mitgenommen. Wegen angeblichen Landfriedensbruchs wurden nun Ermittlungen gegen 41 Personen eingeleitet.

Am Ende des Tages übernahm die Presse, darunter freiepresse.de, blick.de, tag24.de und focus.de,

die Darstellung der Polizei - in Teilen wortwörtlich. Sie unternahm keine Bemühungen, eine Gegendarstellung einzuholen, und hat damit gegen grundlegende journalistische Standards verstoßen. Insgesamt haben Polizei und Presse so eine erfolgreiche Demonstration öffentlich diskreditiert und eine ganze Bewegung in den Dreck gezogen. Die FAU Dresden veröffentlichte eine Gegendarstellung, der Bundesvorstand der Roten Hilfe und die sächsische Linken-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel protestierten gegen die Gewalt.

Um die Betroffenen der Polizeigewalt und Anzeigen zu unterstützen, sammeln wir als Solidaritätsgruppen der Gefangenen-Gewerkschaft ab sofort Gelder. Spenden können gerne an folgendes Konto überwiesen werden:

IBAN: DE58 8306 5408 0004 9960 54
BIC: GENO DEF1 SLR
Betreff: GG/BO Chemnitz

Sollten sich die Gerichtskosten in Grenzen halten, werden wir die Gelder für die Demo nächstes Jahr verwenden.

Bericht von der zweiten Frauenkampftags-Demon- stration in Solidarität mit den Gefangenen-Gewerkschafter- innen in der JVA Chemnitz

von den GG/BO-Soligruppen Jena, Leipzig, Berlin

Anlässlich des Frauenkampftags, dem 8. März, sind am Sonntag, dem 11. März 2018, um die 250 Leute aus verschiedenen Städten und von verschiedenen Gruppen und Organisationen dem Aufruf der Solidaritätsgruppen der Gefangenen-Gewerkschaft gefolgt und zur Frauen-JVA Chemnitz gezogen. Die Demonstration war ein starkes Zeichen der Solidarität zwischen drinnen und draußen, zwischen Basisgewerkschaften, anarchistischen Gruppen und feministischer Bewegung, welches auch der spätere Angriff der Polizei nicht schmälern konnte.

Erfolgreiche gemeinsame Demonstration

Schon zum 8. März 2017 gab es eine ähnliche Demonstration zur Unterstützung der GG/BO in der JVA Chemnitz. Im diesjährigen Aufruf der GG/BO-Solidaritätsgruppen aus Jena, Leipzig und Berlin wurde vor allem auf die Proteste der Gefangenen in der JVA Chemnitz dagegen aufmerksam gemacht, dass sie die Folgen von Überbelegung und Personalmangel ausbaden müssen. Die Demonstration wurde neben der Basisgewerkschaft FAU von

zahlreichen feministischen und anarchistischen Initiativen aus Thüringen und Sachsen unterstützt.

Am Tag selbst versammelten sich ca. 250 Leute. Sie zogen mit zahlreichen Transparenten und Fahnen vom Campus der TU Chemnitz über die Reichenhainer Straße in Richtung JVA. Es gab eine lange Zwischenkundgebung auf dem Parkplatz gegenüber der JVA auf der anderen Seite der Schnellstraße und eine zweite Kundgebung unmittelbar vor dem ehemaligen Besuchereingang der JVA in der Reichenhainer Straße 236. Über Botschaften auf Transparenten und Plakaten, in Sprechchören und in Redebeiträgen protestierten die Demonstrant_innen gegen die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen und queeren Menschen, gegen die Isolation und Ausbeutung in Knästen, gegen Polizeigewalt und Faschismus sowie für die Arbeiterselbstorganisation in Basisgewerkschaften.

Zahlreiche Frauen standen in den Fenstern ihrer Zellen, winkten und jubelten der Demo zu, tanzten zur Musik und klatschten zu gefängnis-kritischen Redebeiträgen. In einigen

Antifa-Infos

zusammengestellt von der AIBJ-Redaktion



Lothar fährt wieder

Lothar König, Chef der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena, war im Dezember 2017 nach einem Beschluss vom Amtsgericht Gera der Führerschein abgenommen worden. Er habe auf einer Antifa-Demo 2016 angeblich einen Polizisten überfahren wollen. Das Landgericht hat den Beschluss nun gekippt und Lothar hat seinen Führerschein wiedergewonnen.

FPÖ zahlt Filmpirat_innen 6100€

Die österreichische faschistische Partei FPÖ hatte zwischen 2014 und 2017 Filmmaterial der Erfurter Filmpirat_innen über den Fall von Josef gegen deren Willen verwendet. Die Filmpirat_innen hatten deswegen gegen die FPÖ geklagt. Am 10. Januar berichteten das ND, dass sich beide Seiten in einem Vergleich darauf geeinigt haben, dass die FPÖ das Material nicht mehr verwenden wird und den Filmpirat_innen 6100€ zahlt. Josef saß nach seiner Verhaftung auf der Antifa-Demo gegen den Burschenschaftsball in Wien vom 24. Januar 2014 ein halbes Jahr in Wien in Untersuchungshaft.

Thüringer "Reichsbürger-Armee" in der Presse

Laut der thüringischen Lokalpresse und unter Berufung auf "Sicherheitskreise" planen 10 Thüringer Reichsbürger den Aufbau einer eigenen Armee, tatsächlich wohl eher einer bewaffneten Gruppe. Sie hätten sich dazu schon im Wald getroffen. In Thüringen gebe es laut offiziellen Zahlen 65 Reichsbürger.

Neue Antifa-Gruppe react23 in Weimar

Nach der Auflösung der Weimarer Antifa-Gruppe AK Weimar hat sich im Januar 2018 eine neue Gruppe gegründet: react23. Ein Selbstverständnis soll noch folgen. Die erste Aktion der Gruppe war ein Aufruf zu den antifaschistischen Protesten gegen den jährlichen Trauermarsch der Nazis in Weimar am 3. Februar. Mehr Infos auf dem Blog react23.blogspot.eu.

Rassist_innen hetzen gegen Moscheebau in Erfurt - kleiner Gegenprotest

300 Rassist_innen versammelten sich auf dem Erfurter Fischmarkt unter dem Motto "Baugenehmigung - nein danke! Keine Moschee in Erfurt!". Kurz zuvor hatte die Ahmadiyya-Gemeinde die Baugenehmigung für ihre Moschee erhalten. Bei der Kundgebung sprach auch AfD-Chef-Nazi Bernd Höcke. 60 Leute kamen kurzfristig zu einem antifaschistischen Gegenprotest zusammen.

8.1.

10.1.

13.1.

13.1.

17.1.

20.1. Antifaschistische Demonstrationen in Schnellroda und Wurzen

In Schnellroda bei Halle gab es eine kleine Demo gegen die Winterakademie des neofaschistischen und neurechten "Instituts für Staatspolitik" (IfS), das von Götz Kubitschek gegründet wurde und in Schnellroda seinen Sitz hat. Neben dem Bündnis der linken Parteien "Aufstehen gegen Rassismus" war auch das neue antifaschistische Kollektiv "IfS dichtmachen" dabei. Mehr Infos dazu unter ifsdichtmachen.noblogs.org

In Wurzen gab es am Bahnhof eine antifaschistische Kundgebung mit 200 Leuten. Anlass war der Angriff von Neonazis auf Flüchtlinge vom 12. Januar. Die Nazis waren auch in ein Haus eingedrungen und hatten die Flüchtlinge im Schlaf überrascht. Die Kundgebung wurde von verummten Nazis mit einem Baseballschläger und Messer bedroht.

28.1. AfD-Demo in Erfurt für Erhalt "unseres" Sozialstaats

Die AfD und ihre mitteldeutsche Arbeiterorganisation ALARM! riefen mit folgender Parole zu einer Demo auf: "Unseren Sozialstaat verteidigen! Gegen massenhaften Clannachzug – Für ein sicheres und soziales Deutschland!" und bekamen so 2000 Leute auf die Straße, darunter Neonazis verschiedener Strömungen (Pegida, Thügida, Identitäre und Die Rechte). Dagegen protestierten 450 Leute vom Bündnis „Auf die Plätze“, der linken Parteijugenden, vom Sprachcafé und aus der autonomen Bewegung. An dem Tag gab es aus der AfD-Demo heraus auch einen Angriff auf zwei Frauen.

31.1. Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt gegen fünf ehemalige SS-Wachmänner des KZ Buchenwald

Wie die Thüringer Presse bekannt gab, hat die Staatsanwaltschaft Erfurt Ermittlungen gegen fünf ehemalige SS-Wachmänner des KZ Buchenwald wegen Beihilfe zum Mord begonnen. Die SS-Männer wurden zwischen 1921 und 1925 geboren und sind damit allesamt über 90 Jahre alt. Mit den fünf Erfurter Verfahren hat die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in den letzten Monaten insgesamt vierzehn Ermittlungen an die entsprechenden Staatsanwaltschaften weitergegeben.

3.2. 500 Leute protestieren gegen Neonazi-Bombengedenken in Weimar

73 Nazis versammelten sich in Weimar in Uniform und mit Fackeln zu ihrem jährlichen Gedenken an die deutschen Töten der alliierten Bombardements. Dagegen gingen insgesamt 500 Leute auf die Straße. Eine kurze Blockade von 6 Leuten wurde letzten Endes freiwillig aufgegeben. Nach all dem zog eine Spontandemo "gegen Polizeiwillkür" mit 80 Personen vom Berkaer Bahnhof durch die Stadt.



Erfurt-Herrenberg

Als Konsequenz aus den hier angerissenen Erfahrungen konnten die beteiligten Aktivist:innen in den Veranstaltungen Ende Januar in Jena und Erfurt vor allem ein Fazit ziehen: So sehr auch probiert wurde, größere Medien, Großgewerkschaften, etablierte Organisationen und Einzelpersonen aus Behörden oder Verbänden zu deutlichen Stellungnahmen oder zum Eingreifen zu bewegen — am Ende war einzig auf die eigenen, selbstorganisierten Strukturen Verlass. Die größte Öffentlichkeit schuf ein Flyer, der von Break Isolation auf dem Herrenberger Stadtteilstift im Juni 2017 verteilt und später im Netz gepostet wurde. Und der Arbeitgeber Perspektiv e.V. knickte erst dann ein, als die FAU mit Pressemitteilungen, Anschreiben an die Beschäftigten und einer Kündigungsschutzklage auf den Plan trat. Bis dahin hatten die Aktivist:innen vergeblich auf das Handeln von Fernsehredakteur*innen, Ver.di,

einem Rechtsanwalt und vielen mehr gewartet. Gemessen an der Bedrohlichkeit der Situation im Erfurter Süden und dem schweigenden Zusehen aller denkbaren Akteur*innen fällt es schwer, die kleinen eigenen Erfolge als positive Bilanz zu begreifen.

Letztlich sollte nun mit den Veranstaltungen und einem umfassenden Online-Dossier zu dem Thema das ganze Wissen und die Verantwortung weitergegeben werden. So wenig wie die Nazis das Hauptproblem sind, sollten die Betroffenen die Verantwortung für die Bearbeitung der Verhältnisse alleine tragen — wir alle sind gefragt.

Online-Dossier:

breakisolation.blogspot.de/herrenberg

Rassismus in Erfurt-Herrenberg: Kaum Risse in den Mauern

von Break Isolation

Mit Veranstaltungen in Erfurt und Jena haben Break Isolation und die FAU einen vorläufigen Abschluss für einen seit 2016 andauernden Kampf gegen rassistische Gewalt im Erfurter Süden formuliert. Ein dort beschäftigter Schulsozialarbeiter hatte zunächst erfolglos alle möglichen Register gezogen, um der ausufernden Gewalt mehrerer rechter Schüler*innen zu entgegnen. Letztlich wurde er selbst zum Angriffsziel der Nazis und seines Arbeitgebers Perspektiv e.V., der ihn erst gegen seinen Willen versetzte und dann innerhalb von sechs Wochen dreifach kündigte und anzeigte. Break Isolation hat als anrassistisches Netzwerk den Kampf im Erfurter Süden begleitet, während die FAU im Rahmen einer Kündigungsschutzklage die Rücknahme der Strafanzeige und die Zahlung einer überdurchschnittlichen Abfindung erzwirkte.

Die Bilanz ist dabei äußerst ernüchternd: die Schüler*innen, die aus rassistischen Gründen wiederholt angegriffen wurden, haben keinerlei Rückhalt von der Schule erhalten und haben teilweise deshalb vorzeitig die Gemeinschaftsschule 4 im Herrenberg verlassen. Die rechten Täter traf hingegen keinerlei negative Konsequenzen. Der einzige Verbündete der Betroffenen, der Schulsozialarbeiter, wur-

de selber angegriffen und verlor dann noch seinen Job wegen seiner antirassistischen Haltung. Alle möglichen involvierten Organisationen haben es trotz ihres Wissens um die Zustände nicht gewagt, öffentlich Stellung zu beziehen. Genausowenig reagierten Schulamt, Jugendamt oder Bildungsministerium auf informierende Anschreiben.

Im Herrenberg konnte daher leider die Tagesordnung beibehalten werden: 500m gegenüber der Schule lädt der Naziverein „Volksgemeinschaft“ weiterhin Jugendliche, Anwohner*innen und ihr Stammpublikum aus Kreisen von Nazihooligans und Die Rechte zu Abendveranstaltungen oder Kampfsporttraining ein. Rechte Übergriffe finden im Viertel nach wie vor statt. Der Herrenberger Ortsteilbürgermeister ist mittlerweile auch wieder Mitglied der Linkspartei, nachdem er zwischenzeitlich ausgetreten war. Mit dem Austritt hatte er ursprünglich dagegen protestieren wollen, dass ihm die Stadtregierung und seine eigene Partei keine zusätzlichen Mittel für soziale Angebote bieten wollten. Die forderte er ein, um den kümmerer-Angeboten der Nazis etwas entgegenzusetzen. Ohne dass sich etwas geändert hätte, ist er wieder eingetreten und hat ein Stadtratsmandat übernommen.

Proteste gegen Fackelmarsch des Dritten Wegs in Nordhausen

Gegen 200 Nazis, welche die nationalsozialistische Kleinstpartei „Dritter Weg“ nach Nordhausen mobilisieren konnte, gingen 300 Antifaschist_innen auf die Straße. Die Antifas konnten an mehreren Stellen die Demoroute der Nazis blockieren. Diese Blockaden wurden von den Bullen jedoch gewaltsam geräumt. Der „Dritte Weg“ hat die Demo im Rahmen der „Ein Licht für Dresden“-Reihe organisiert. Diese bezieht sich auf die deutschen Opfer der Bombardements der letzten Kriegsjahre des Zweiten Weltkriegs.

Weimarer Antifa-Gruppe react23 protestiert gegen Om Chanting in Buchenwald

Am 17. März wollte die Bhakti-Marga-Gruppe auf dem Gelände des KZ Buchenwald ein Om Chanting veranstalten, um damit die negative Energie der Vergangenheit in positive umzuwandeln und den Ort damit zu heilen. Die Anfang des Jahres neugegründete Weimarer Antifa Gruppe react23 forderte die Leitung der Gedenkstätte Buchenwald im Vorfeld dazu auf, diesen Quatsch zu verhindern.

Urteil gegen rechtsterroristische Gruppe Freital

Im Prozess gegen die Gruppe Freital hat es für alle acht Angeklagten aufgrund von Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes oder Beihilfe dazu Haftstrafen von 4 bis 10 Jahren gegeben.

Chemikalienfund in Rudolstadt-Saalfeld führt zu Hetze gegen Antifa

Bei zwei Personen wurden Chemikalien gefunden, mit denen sich Sprengstoff herstellen lässt. Eine davon war als Antifaschist im lokalen Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte“ aktiv. Das war für die Thüringer CDU und AfD ein willkommen Anlass, um von Linksterrorismus zu schwafeln und den linken Thüringer Ministerpräsidenten Ramelow unter Druck zu setzen. Auch in der bundesweiten Presse wurde von einem „Sprengstofffund“ geredet und so Stimmung gegen links gemacht.

FAU-Wanderung in Gedenken an die Opfer von KZ-Außenlager und Todesmarsch in Jena und Großlöbichau

Die Wandergruppe der FAU Jena hat eine Wanderung mit 16 Leuten gemacht. Sie startete vom Standort des ehemaligen KZ-Außenlagers vom Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) und des Barackenkomplexes, in dem ab 1940 die Juden und Jüdinnen Jenas ghettoisiert wurden, in der Löbstedter Straße. Anschließend wanderte die Gruppe über den Jenzig bis nach Großlöbichau, wo am 12. April 1945 ca. 30 Häftlinge des Buchenwald-Todesmarsches hingerichtet wurden. An ihrem Grab wurde ein Kranz niedergelegt.

17.2.

4.3.

7.3.

15.3.

8.4.

<p>10. u. 18.4.</p>	<p>Verhandlungen gegen die Gothaer Drei Die Gothaer Drei, die im Herbst 2016 für ein Wochenende in U-Haft gesteckt wurden und deren Prozess im Herbst 2017 begann, hatten im April ihren zweiten und dritten Verhandlungstermin. Es gab dazu auch Solidaritätskundgebungen. Am 10. April fanden sich circa 30 Leute zusammen. Verhandlungsberichte sind auf dem Blog der Roten Hilfe Südthüringen dokumentiert: rotehilfesth.blogspot.de.</p>	<p>Tim Hilgendorf aus der JA Raßnitz schließt sich der GG/BO an Die Solidaritätsgruppe der Gefangenen-Gewerkschaft aus Jena hat bekannt gegeben, dass Tim Hilgendorf aus der sächsisch-anhaltinischen Jugendanstalt Raßnitz sich der Gefangenen-Gewerkschaft angeschlossen hat und eine Sektion aufbaut. Kontakt zu Tim unter: Tim Hilgendorf Jugendanstalt Raßnitz Gröberssche Str. 1 06258 Schkopau</p>	<p>28.3.</p>
<p>14.4.</p>	<p>Rechter Mob in Kahla schlägt minderjährige Flüchtlinge und dringt in Heim ein Nachdem minderjährige Flüchtlinge von Burschenschaftlern und anderen Rechten auf der Straße provoziert und angegriffen wurden, flüchteten sie in ihre Wohnung. Dort drang der Mob dann ein und bedrohte mehrere Flüchtlinge. Beim Verlassen drohten sie auch dem Betreuer. Die Polizei veröffentlichte den Vorfall erst, als die Opferberatung ezra darauf aufmerksam machte.</p>	<p>Zwei Festnahmen in der Rigaer 94 350 vermummte Bullen sind in das Hausprojekt in der Rigaer Straße 94 eingedrungen, haben die Leute dort schikaniert und zwei Personen festgenommen. Der erste soll einen Polizisten angegriffen haben, der zweite wurde wegen eines offenen Haftbefehls auch gleich mitgenommen. Hintergrund ist die seit Mitte März anhaltende Belagerung des Stadtteils durch ein massives Polizeiaufgebot.</p>	<p>29.3.</p>
<p>17.4.</p>	<p>SEK-Razzia gegen angebliche rechtsterroristische Organisation Spätestens Anfang 2017 sollen Neonazis aus mehreren Städten eine rechtsterroristische Organisation namens "Nordadler" gegründet und auch Anschläge gegen politische Gegner_innen erwogen haben. In mehreren Städten wurden nun Wohnungen vom SEK durchsucht - darunter auch die von jemandem aus Thüringen, der jedoch nicht tatverdächtig sei.</p>	<p>Selbstmord in der JVA Tonna Wie die GG/BO-Soligruppe Jena berichtete, gab es in der JVA Tonna wieder einen Selbstmord.</p>	<p>3.4.</p>
<p>20./2 1.4.</p>	<p>Proteste gegen Nazi-Großfestival in Ostritz bei Görlitz Um den Führergeburtstag herum fand in Ostritz bei Görlitz das große Musikfestival der Nazis "Schild und Schwert" statt. Um die 500 Nazis waren vor Ort. Es gab auch Angriffe gegen Journalist_innen. Das Bündnis "Rechts rockt nicht" rief zu Gegenkundgebungen auf, an denen sich jeweils 300 Leute beteiligten. Schon im Vorfeld hatten sich u.a. 40 Bürgermeister_innen der Region gegen das Nazi-Festival ausgesprochen.</p>	<p>JVA Bautzen behindert Gefangenen-Gewerkschaft Wie die GG/BO-Soligruppe Leipzig berichtete, behindert die JVA Bautzen den Briefkontakt zwischen dem dahin verlegten GG/BO-ler David Scholz und dem dortigen GG/BO-Sprecher R. Herrmann.</p>	<p>9.4.</p>
<p>20./2 1.4.</p>	<p>Proteste gegen Nazi-Großfestival in Ostritz bei Görlitz Um den Führergeburtstag herum fand in Ostritz bei Görlitz das große Musikfestival der Nazis "Schild und Schwert" statt. Um die 500 Nazis waren vor Ort. Es gab auch Angriffe gegen Journalist_innen. Das Bündnis "Rechts rockt nicht" rief zu Gegenkundgebungen auf, an denen sich jeweils 300 Leute beteiligten. Schon im Vorfeld hatten sich u.a. 40 Bürgermeister_innen der Region gegen das Nazi-Festival ausgesprochen.</p>	<p>Sozialistischer Journalist Adil Demirci in der Türkei verhaftet Der in Köln wohnhafte deutsch-türkische Journalist Adil Demirci wurde bei einem Familienbesuch in Istanbul vom AKP-Regime festgenommen. Er hatte sich während der Haftzeit seiner Kollegin Mesale Tolu für deren Freilassung eingesetzt.</p>	<p>15.4.</p>



Gefangenen-Infos

zusammengestellt vom ABC Jena

- preise vieler Produkte gesenkt. Damit hat die GG/BO in der JVA Neumünster erste Erfolge vorzuweisen. Kontakt zum Sprecher:
Fabian Waterstraat
Boostedterstr. 30
24534 Neumünster
- 1.3. Angriff von Wärtern auf ausländische Gefangene in der JVA Torgau**
GG/BO-Sprecher der JVA Torgau David Scholz machte in einer Pressemitteilung einen Vorfall öffentlich, bei dem Wärter auf ausländische Gefangene einschlugen. Auch andere Gefangene bezeugen die Wärtengewalt.
- 11.3. Frauenkampftagsdemo der GG/BO zur Frauen-JVA Chemnitz**
Den Bericht der GG/BO-Soligruppen siehe Seite 28.
- 14.3. Ahmed von den Röske 11 in zweiter Instanz zu 7 Jahren verurteilt**
Ahmed von den Röske 11 wurde in zweiter Instanz wieder als angeblicher Terrorist zu 7 Jahren Knast verurteilt. Er war Ende 2015 an der ungarisch-serbischen Grenze bei den Protesten der Flüchtlinge gegen die Grenzschießung mit 10 anderen Personen festgenommen worden. Da er als Rädelsführer hingestellt wurde, befindet er sich als letzter noch in Haft. Ihr könnt ihm Post schicken über den:
Verein zur Förderung feministischer Projekte
Kleeblattgasse 7
1010 Vienna
Austria
- 17.3. 2000 Leute auf Demo gegen Repression in Hamburg**
2000 Leute schlossen sich einer Demo des "United We Stand"-Bündnisses gegen die Repression um den G20-Gipfel an. Die Demo führte u.a. an der Roten Flora und dem U-Haft-Knast Holstenglacis vorbei. Auf der Demo wurde klar die Solidarität mit Peike bekundet, dem Holländer der im ersten G20-Verfahren zu 2 Jahren und 7 Monaten Knast verurteilt worden war. Weitere Themen waren die Repression gegen Anarchist_innen in Russland und der türkische Angriffskrieg auf Afrin.
- 26.3. Türkischer vegan-anarchistischer Häftling Osman Evcan erneut im Hungerstreik**
Wegen zweimaliger Vergiftungssymptome aufgrund des von der Anstalt ausgegebenen veganen Essens ist Osman Evcan in der Türkei wieder einmal in den Hungerstreik getreten. Er fordert eine Untersuchung der Vorfälle. Das tut er unter den Bedingungen der Isolationshaft, u.a. Kamerüberwachung, Nacktkontrollen, Postzensur, verweigte Besuche.

Inhaftierung russischer Anarchist_innen

Im Oktober 2017 wurden in Penza sechs und im Januar 2018 in St. Petersburg zwei Anarchist_innen festgenommen und teilweise gefoltert. Sechs von ihnen befinden sich noch in Haft. Wer hier unterstützen möchte, kann sich gerne beim Schwarzkreuz Jena melden.

Wilder Arbeitsstreik in schweizerischer Strafanstalt Thorberg

In der Schweiz haben Ende November 2017 49 von 180 Gefangenen der bernisch-kantonalen Männerstrafanstalt Thorberg die Arbeit verweigert und so für bessere Haftbedingungen protestiert. Trotz harter Repression – Zwangsverlegung und andere Disziplinarmaßnahmen – werde die Anstalt die Hauptforderung nach Beziehungszimmern (in der Boulevardpresse: Sex-Zimmer) umsetzen.

Gefangene und GG/BO-ler wehren sich gegen Zustände in der JVA Neumünster

In der JVA Neumünster hat sich eine Sektion der Gefangenen-Gewerkschaft gegründet und im Dezember angefangen, mit Petitionen und Öffentlichkeitsarbeit gegen schikanöse Beamte, verweigte Ausführungen, hohe Einkaufs- und Hygienepreise vorzugehen. Die Reaktion der Anstalt: Dem Sprecher werden seitdem Ausführungen und Anträge verweigert.

Mehrere Gefängnisausbrüche in Berlin

9 Gefangene aus der Plötze, d.h. JVA Berlin-Plötzensee mit ihren 360 Insassen, haben die Zeit vor Silvester genutzt und sind entweder ausgebrochen oder nicht in den offenen Vollzug zurückgekehrt. Ein Flüchtiger wurde gefasst, ein anderer stellte sich mit seinem Anwalt.

Senkung der Telefoniekosten in sächsischen JVA

Während draußen alle Welt Flatrates hat, müssen Gefangene viel zu überteuerte Preise zum Telefonieren zahlen. Anfang November 2017 hat das Bundesverfassungsgericht zugunsten eines Gefangenen aus Schleswig-Holstein und gegen die Telefonabzocke entschieden. In der JVA Zeithain hatte die GG/BO ebenfalls 2016 eine Senkung der Telefonie-Kosten gefordert und anschließend Klage eingereicht. Nach einem entsprechenden Urteil vom sächsischen Landgericht, das der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts folgte, wurden die Telefonpreise in sächsischen JVA ab dem neuen Jahr gesenkt. Kontakt zur GG/BO in der JVA Zeithain:

Seit
Okt.

Ende
Nov.

ab
Dez.

31.12.

1.1.

Manuel Matzke
Industriestraße E2
01612 Glaubitz

David Scholz
Justizvollzugsanstalt Bautzen
Breitscheidstr. 4
02625 Bautzen

5.1. Drei Gefangene aus der JSA Arnstadt flüchten und werden geschnappt

Drei Gefangene sind am 5. Januar aus der Jugendstrafanstalt (JSA) Arnstadt während der Raucherpause auf Arbeit in einer Werkstatt ausgebrochen. Die Polizei begann umgehend eine Suche mit Suchtrupps, Hunden und einem Helikopter und konnte sie noch am selben Tag schnappen. In Reaktion darauf wurde eine Überprüfung der Sicherheitstechnik angeregt, die wohl auf eine weitere Optimierung der Überwachung zielt.

13.1. 150 Gefangene unterstützen Petition für GG/BO-Mitglieder- versammlungen in der JVA Tonna

Wie die GG/BO-Soligruppe Jena berichtet, haben 150 Gefangene aus verschiedenen JVA's, davon jeweils 60 aus den thüringischen JVA's Tonna und Untermaßfeld, die Petition der Sektion der Gefangenen- Gewerkschaft in der JVA Tonna für Mitgliederversammlungen unter- stützt.

22.1. u. 19.3. Festnahmen im Hambacher Forst

Nach Berichten des ABC im Rheinland gab es in den letzten Wochen zahlreiche Festnahmen von Waldbesetzer_innen aus dem Widerstand gegen den Kohleabbau. Die ersten neun Personen wurden am 22. Januar bei der Räumung von Barrikaden durch die Polizei im Wald verhaftet. Zwei Monate später, am 19. März, wurden drei weitere Personen in U-Haft gesteckt.

23.1. Toni aus Magdeburg für mehr als zwei Wochen in U-Haft gesteckt

Bei einer Razzia von 50 Bullen in Magdeburg-Stadtfeld wurde Toni mitgenommen und in der JVA Burg in U-haft gesteckt. Er soll 2017 einen Sprengstoffanschlag auf ein Polizeigebäude versucht haben. Am 26.1. gab es in Magdeburg eine Solidemo mit 300 Leuten. Am 9.2. wurde die U-Haft aufgehoben. Das Verfahren läuft weiter.

29.1. Hungerstreiks von David Scholz und weitere Repression

Am 28. Januar hat der GG/BO-Sprecher in der JVA Torgau einen Hungerstreik eingelegt, um gegen die Schikanen der Anstaltsleitung zu protestieren. Nachdem er am 1. März einen Vorfall öffentlich machte, bei dem Wärter ausländische Gefangene zusammen- geschlagen hatten, wurde er an 19. März in die JVA Bautzen zwangs- verlegt. In Protest dagegen hat er wiederum einen Hungerstreik eingelegt. Kontakt zu David unter:

Gefangene der JVA Tonna beklagen medizinische Unter- und Fehlversorgung

Die GG/BO-Soligruppe Jena berichtet, dass Gefangene sich darüber beschwerten, dass sie mit falschen Medikamenten versorgt werden und dass Mithälftinge, die ihre Medikamente gegen Psychosen verweigern, entweder in die Gummizelle gesteckt oder mit starken Beruhigungsmitteln "niedergespritzt" werden.

Haftantritt für antifaschistische Tortenwerferin

Julia Pie, die Antifaschistin, die im Juni 2017 wegen ihres Tortenwurfs auf AfD-lerin Beatrix von Storch verurteilt wurde, hat sich geweigert, die Geldstrafe zu zahlen und ist stattdessen für zwei Wochen in die JVA Lübeck gegangen. Während der Zeit hat sie kritische Beiträge über den Knast geschrieben, die auf folgendem Blog nachzulesen sind: <http://subtilus.blogspot.de/anarchist-black-cross/tortenwerferin-im-knast/>

Freilassung einiger TKP/ML-Angeklagter

Das Oberlandesgericht München hat die seit knapp 3 Jahren in U-Haft sitzenden Sinan Aydin, Dilay Banu Büyükcavci, Sami Solmaz und Musa Demir entlassen. Sie waren am 15. April im Rahmen eines Schlags gegen die türkische kommunistisch-maoistische Partei TKP/ML fest- genommen und nach §129b (ausländische kriminelle oder terroristische Organisation) angeklagt worden. Damit befinden sich noch 5 der TKP/ML-Angeklagten in Haft.

Anarchistische Gefangene Lisa von JVA Köln nach Willich II verlegt

Die wegen Bankraubs zu 7 Jahren und 6 Monaten verurteilte Anar- chistin Lisa wurde in den Frauenknast Willich II verlegt. Zuvor war eine Wiederaufnahme ihres Verfahrens abgelehnt worden. Ihre neue Adresse lautet:

Lisa D.
JVA Willich II
Gartenstrasse 2
47877 Willich

Petition gegen hohe Verkaufspreise in JVA Neumünster

Die GG/BO-Sektion der JVA Neumünster reichte im Februar eine Petition gegen die hohen Einkaufspreise mit 141 Unterschriften ein. Damit steht ein Viertel der Gefangenen auf Seiten der GG/BO und ihrer Forderungen. Schon Anfang März wurden dann die Einkaufs-